

Wöchentlich 52 Bl., monatlich 2,60 M.
Im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M.
einl. Bestellgeld, Auslandabonnemen-
ment 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Wend“, illustrierte Beilagen: „Koff
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lehrer“, „Bild in die
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einpaarige Kampfreise
80 Wien. Neueste 5.— Reichs-
markt. „Klein-Anzeigen“ des
vertr. 25 Wien. (unl.) 2
12 Wien. (unl.) 2
13 Wien. (unl.) 2
14 Wien. (unl.) 2
15 Wien. (unl.) 2
16 Wien. (unl.) 2
17 Wien. (unl.) 2
18 Wien. (unl.) 2
19 Wien. (unl.) 2
20 Wien. (unl.) 2
21 Wien. (unl.) 2
22 Wien. (unl.) 2
23 Wien. (unl.) 2
24 Wien. (unl.) 2
25 Wien. (unl.) 2
26 Wien. (unl.) 2
27 Wien. (unl.) 2
28 Wien. (unl.) 2
29 Wien. (unl.) 2
30 Wien. (unl.) 2
31 Wien. (unl.) 2

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Bankkonto: Berlin 37538 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 66. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkonto Lindenstr. 3

Südtruppen in Peking.

Das Attentat von Mukden — noch kein sicherer Ueberblick.

Schanghai, 5. Juni.

Nach Meldungen, die aus japanischen Quellen in Peking stammen, ist die Vorhut der Schansi-Armee unter dem Kommando des Generals Tschang-fuiling heute um 6 Uhr nachmittags in Peking eingerückt. Dies sind die ersten Truppen der Südarmee, die in die Hauptstadt einmarschiert sind.

London, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Die Truppen des Generals Yen Hsi Shan, des Militär-gouverneurs der Provinz Schantung, der sich im vergangenen Jahre den Südpfeilern angeschlossen, haben am Dienstag die Vorstädte Pekings erreicht.

Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten veröffentlicht eine Note, welche die Mächte, die in China Sonderrechte genießen, an die Generale Tschang-fuiling, Jeng Ju hsiang und Yen Hsi Shan und an das Parteikomitee der Kuomintang in Schanghai gesandt haben. Diese Note ersucht die Mächte, das Verbleiben des Nordgenerals Bao mit seinen Truppen in Peking solange zu gestatten, bis die Südtruppen in der Lage seien, die Sicherheit der Stadt zu gewährleisten; hierauf könnten sich die Truppen Baos auf Grund von besonderen Ermächtigungen, für deren Durchsetzung die Mächte sorgen würden, friedlich zurückziehen. Die Note, in einer gemeinsamen Sitzung der diplomatischen Vertreter entworfen, betont ausdrücklich, daß die in China lebenden Ausländer sich in die militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Chinesen keineswegs einmischen wünschen.

Geheimnis um Tschang-fuiling?

London, 5. Juni.

Die von der japanischen Zeitung „Dschu Dschu Shimbun“ veröffentlichte Meldung vom Tode Tschang-fuiling wird aus andern privaten Quellen bestätigt. Ein Reuterbericht aus Tokio besagt,

daß alle Anstrengungen gemacht werden, um den Tod Tschang-fuiling geheimzuhalten. Nach einem anderen Bericht ist bei dem Attentat außer dem General Wu-chang-Seng, dem Gouverneur der Provinz Heilung-Kiang, der von Tschang-fuiling zum Ministerpräsidenten in Peking ernannte Pan-Fu ums Leben gekommen.

Aus Mukden wird gemeldet, daß die Verwaltung der Süd-mandschurischen Eisenbahn die Nachricht vom Ableben Tschang-fuiling bestätigte.

Tokio, 5. Juni.

Das japanische Außenministerium teilt zu den Gerüchten vom Ableben Tschang-fuiling mit, es sei zurzeit noch nicht in der Lage, irgendwelche Erklärungen hierzu abzugeben. Die letzte Verlautbarung der Ärzte des Marshalls besagt, daß die Verwundung Komplikationen nach sich gezogen habe. Die Ärzte befanden sich im Schloß und seien von der Außenwelt abgeschlossen.

Brüdensprengung im Norden.

London, 5. Juni.

Reuter verbreitet eine Schanghai Meldung, wonach 20 000 Mann der Truppen, die bisher einen Teil der Nordarmee bildeten, durch Intrigen und Bestechungen veranlaßt worden seien, die Eisenbahnbrücke in Tangsju in der Nähe von Tientsin in die Luft zu sprengen. Dadurch sei die Zurückziehung zweier mandschurischer Korps nach Mukden aufgehalten worden.

Sicherheitsausschuß in Peking.

Peking, 5. Juni.

Der frühere Ministerpräsident Wangschich setzte einen Ausschuß zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ein, der die Leitung der Polizei und der hier verbliebenen 1500 Mann nord-chinesischer Truppen übernommen hat.

Kammerpräsident Bouisson.

Der Sozialist im ersten Wahlgang gewählt.

Paris, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Die Kammer wählte mit 327 gegen 244 Stimmen den sozialistischen Abg. Ferdinand Bouisson zum Präsidenten wieder. Gegen Bouisson, der während der letzten Legislaturperiode seit dem Beginn des Ministeriums Poincaré Kammerpräsident war und wegen seiner klugen und gewandten Geschäftsführung allgemein geschätzt wird, war nur der früher radikalsozialistische Gründer der neuen unionistischen Gruppe Franklin Bouillon als Kandidat aufgetreten.

Sodann wurden zu Vizepräsidenten gewählt: der Führer der unabhängigen Linken Henry Paté, der Radikale Leo Bouillou, der Abgeordnete der radikalen Linken Bouillou-Lafont. Wegen der Befetzung des vierten Vizepräsidentenpostens muß eine Stichwahl stattfinden.

Hierauf verlagte sich die Kammer auf morgen nachmittag, um die noch ausstehenden Stichwahlen für ihr Präsidium vorzunehmen. Der Ausfall der heutigen Wahlen zum Kammerpräsidium wird in parlamentarischen Kreisen als

ein Ereignis von großer politischer Bedeutung

bewertet. Die linksstehenden Gruppen hatten den Erfolg zu verzeichnen, daß nicht nur der bisherige sozialistische Kammerpräsident Bouisson trotz der scharfen Agitation Franklin-Bouillons im ersten Wahlgang gewählt wurde, sondern, daß auch die drei heute gewählten Vizepräsidenten sowie sieben von acht Sekretären und zwei von drei Quästoren Kandidaten der Linken sind.

Poincarés Regierungserklärung.

Differenzen über die Stabilisierungsfrage.

Paris, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Poincaré gab im Laufe des Ministerrats am Dienstag seinen Kollegen von dem Text der Regierungserklärung Kenntnis, die er am Donnerstag in der Kammer zu verlesen beabsichtigt. Wie verlautet, fehlt tatsächlich in der Erklärung jede präziseste Angabe über seine Absichten als Finanzminister in der Stabilisierungsfrage. Ein sehr breiter Raum ist dagegen Projekten sozialer Reformen und Plänen zum Ausbau der Verkehrsmittel des Landes gewidmet. Poincaré wird dagegen über die Absichten der Regierung in der Reparations- und interalliierten Schuldfrage Frankreichs nichts verlauten lassen. Auch der deutsch-französischen Annäherung sind

nur einige Worte gewidmet. In bezug auf das Elsaß soll die Erklärung die erneute Zusage der Aufrechterhaltung seiner Sondergesetzgebung enthalten.

Die Regierung dementiert am Dienstag energisch die umlaufenden Gerüchte über die Demission des Leiters der Bank von Frankreich, Moreau. In den Kreisen der Bank selbst dementiert man in vorsichtiger Form und gibt jedenfalls zu erkennen, daß zwischen den Auffassungen ihres Leiters und denen des Finanzministeriums Differenzen bestehen.

Die Sozialisten gegen das Kolmarurteil.

Paris, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Die sozialistische Kammerfraktion hat beschlossen, die Anträge des Abg. Walther auf Amnestie und sofortige Freilassung der elfstimmigen Abgeordneten Koffé und Ridlin zu unterstützen. Abg. Grumbach wird in der Kammer dafür eintreten.

Tarifierhöhung der Reichsbahn abgelehnt

Einstimmiger Beschluß des Kabinetts.

Die von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beantragte Erhöhung der Güter- und Personentarife wurde gestern vom Reichskabinet einstimmig abgelehnt. Die Reichsbahn hatte ihren Antrag damit begründet, daß die sinkende Konjunktur auch die Einnahmen aus dem Güter- und Personenverkehr verringern würde, so daß die Summen für notwendige Reinvestitionen nicht aus den erwarteten Ueberschüssen aufgebracht werden könnten. Der Reichsverkehrsminister hat diese pessimistische Auffassung der Reichsbahnverwaltung von vornherein nicht geteilt und hat, wie der gestrige Beschluß der Regierung zeigt, das Kabinet auf seiner Seite.

Im übrigen hat sich die Reichsregierung bereit erklärt den Antrag der Reichsbahn nochmals zu prüfen, sobald sich die Gesamteinnahmen des abgelaufenen Betriebsjahres übersehen ließen. Außerdem weist die Regierung auf den Weg der Kreditbeschaffung hin, wobei offensichtlich an den Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn gedacht ist. Die im Zusammenhang mit der bevorstehenden Kabinettsentscheidung ausgesprochenen Gerüchte, daß der Reparationsagent Parker Gilbert sich für die Bewilligung der Tarifierhöhung eingesetzt habe, ist völlig aus der Luft gegriffen.

Poincaré und die Rechte.

Wachsende Entfremdung. — Vor einer plötzlichen Frankens-tabilisierung?

Paris, 4. Juni. (Eigenbericht.)

Die Freunde Poincarés versichern, daß er dem Wahlausfall zum Trotz die Hoffnung nicht aufgegeben habe, das Kabinet dem entscheidenden Einfluß des rechten Flügels seiner Mehrheit zu entziehen.

Die Leute von der Marin-Partei, die noch wie vor behaupten, sie seien als die eigentlichen Führer aus dem Wahlkampf hervorgegangen, zeigen sich darüber sehr erdost, wogegen es jedoch nicht, ihren Zorn allzu offen zum Ausdruck zu bringen. Nur Emil Bure drummt im „Avenir“ ziemlich unerbötlich über die unwürdige Stellung, in die man die „Siegerpartei“ hineinzudrängen suche und prophezeit, dem Land und Poincaré die schlimmsten Ueberschätzungen für den Fall, daß der gegenwärtige Ministerpräsident nicht den Mut haben sollte, „eine dem Wahlausfall entsprechende Regierung zu bilden“.

Nun scheint Poincaré tatsächlich keine Lust zu haben, der Marin-Partei, in der die Kerntruppen des ehemaligen nationalen Blocks verammelt sind, einen größeren Einfluß innerhalb der Regierung zu gewähren, als er ihr durch die Anwesenheit Louis Marins im Finanzministerium gesichert wird. Das Ansinnen, einem Mitglied der UDR. (Union démocratique républicaine), die von Marin geführt wird, das Arbeitsministerium anzuvertrauen, hat Poincaré ziemlich schroff abgelehnt. Die Wahl Louis Pouchours zum Nachfolger des bei den Wahlen durchgefallenen Arbeitsministers Piffères hat dieser Ablehnung noch einen besonderen Charakter gegeben, da Pouchour zu jenen „Großbourgeois“ gehört, die sich einer besondern Feindschaft im Lager der Rechten erfreuen und diesen selbst vom sozialen Standpunkt aus als einen „höchst unsicheren Kontonisten“ betrachtet werden. Ob Poincarés Ansehen genügt wird, um die auf dem rechten Flügel seiner Mehrheit infolge dessen entstandene Mißstimmung zu überwinden, wird sich erst im Laufe der kommenden Wochen zeigen. Der erste Kontakt zwischen der Regierung und der Kammer, der sich auf die etwas außergewöhnliche Anwesenheit des gesamten Kabinetts in der Eröffnungssitzung beschränkte, hat sich dadurch charakterisiert, daß es zu keinerlei Kundgebungen kam, die sich irgendwie als Ausdruck, sei es der Begeisterung der „Athen“, sei es der Dankbarkeit der „Sungen“, dem Regierungschef gegenüber bewerten lassen.

Diese Tatsache ist in den Wandelgängen der Kammer viel rücksichtsloser diskutiert worden als in der bürgerlichen Presse, die im allgemeinen Poincaré sehr ergeben ist.

„Eine Kammer voll innerer Hemmungen, die sich sucht und die von ziemlichem Mißtrauen erfüllt ist, — eine Kammer, die allerlei Ueberschätzungen bringen kann und deren erstes Auftreten in nichts an den nationalen Enthusiasmus von 1919 oder an die aufgepeitschten republikanischen Leidenschaften von 1924 erinnert“: also charakterisierte eines der bekanntesten Regierungsmitglieder das neue Parlament nach der Eröffnungssitzung, in der das von dem Alterspräsidenten Sibille den Verdiensten Poincarés gefundene Lob fast stillschweigend angehört wurde, ohne das der magere Höflichkeitseifall irgendwie den Charakter einer Kundgebung annahm.

Der tiefere Grund für diese Zurückhaltung der einen und der anderen liegt wohl in der Unsicherheit, die auf dem Gebiet des Frankens besteht. Wird Poincaré die Stabilisierung plötzlich, etwa gar noch vor dem 15. Juli, durchzuführen, wie es einige Augenblicke, die versichern, ganz besonders gut unterrichtet zu sein, behaupten? Und welches werden die wirtschaftlichen Folgen einer unter den gegenwärtigen Umständen und ungefahr zum gegenwärtigen Kurs durchgeführten Stabilisierung sein? Diese beiden wesentlichen Fragen beherrschen die Gespräche zwischen den führenden Politikern aller Parteien.

Die Bank von Frankreich scheint auf eine rasche Stabilisierung zu drängen, indem sie auf die steigende Papierfrankenmasse hinweist, die sie zu drücken gezwungen ist, dadurch, daß sie alle ausländischen Devisen aufkaufen muß, um ein Steigen des Frankens zu verhindern. (Soll doch allein in der letzten Woche die Bank von Frankreich für nicht weniger als eine Milliarde ausländischer Devisen gekauft haben.) Herr Poincaré, der noch in der Rede von Carcassonne, die er unmittelbar vor den Wahlen hielt, angekündigt hatte, daß er mindestens vier Jahre brauchen werde, um die Stabilisierung durchzuführen, scheint heute einer raschen Stabilisierung nicht mehr so ablehnend gegenüberzustehen. Dagegen machen sich innerhalb der Marin-Partei, die ihren Anhängern so etwas wie ein Volkswort verprochen hatte, Widerstände sowohl finanzieller als politischer Natur bemerkbar. Und das bildet wohl die größte Sorgenquelle für Poincaré an der Schwelle der neuen Legislaturperiode.

Die sozialistische Kammerfraktion, die in

ihre erste Sitzung beschlossen hat, eine Generalinterpellation einzubringen, wird der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien so rasch als es das Kammerreglement erlaubt, Gelegenheit verschaffen, ihre Stellungnahme zu dem Problem der Stabilisierung zu präzisieren. Wie sie es vor den Wahlen getan hat, wird die Sozialistische Partei auch jetzt für eine rasche Stabilisierung eintreten, wenn auch für andere Methoden als diejenigen, die bisher von Poincaré angewandt worden sind und von denen sie befürchtet, daß sie eine neue Leuerungs- und ein nochmaliges Anziehen der Steuerfahne zur Folge haben werden.

Mussolinis Außenpolitik. Eine Rede im Senat.

Mussolini hat gestern im Senat eine sehr lange, außenpolitische Programmrede gehalten, in der er zunächst betonte, daß Italien heute eine „Weltmacht“ ist, denn seine Interessen dehnen sich auf alle Erdteile aus. Diese großspürige Behauptung belegte er insbesondere mit einem Hinweis auf Kriegsmateriallieferungen an Amanullah und auf den Freundschaftsvertrag mit dem Jemen.

Bezüglich Europas erklärte er, daß die Freundschaft mit England die Grundlage seiner Außenpolitik bilde. Mit Sowjetrußland sei der Waren Austausch bescheiden, weil Rußland auf Kredit kaufen müsse. Verhandlungen über einen politischen Pakt Rom-Moskau seien nicht über Präliminardispositionen hinausgegangen. Mussolini rühmte sodann die Herzlichkeit der Beziehungen mit Litauen.

Hinsichtlich der Beziehungen Italiens zu Deutschland erklärte Mussolini, diese seien herzlich.

„Es besteht ein Handelsvertrag, dessen Vorteile allerdings nicht voll gewürdigt werden konnten, so lange die italienische Währung nicht stabil war, ferner ein Vergleichs- und Schiedsgerichtsabkommen. Die Beziehungen zwischen den beiden Völkern können unendlich viel besser sein, wenn die Sympathie, die in früheren Zeiten zwischen ihnen herrschte und die sozusagen naturgegeben war, heute nicht eine Einbuße erlitten hätte durch die Handlungsweise gewisser unvernünftiger Kreise, die den größten Anspruch erheben, sich in innerpolitische Fragen Italiens einzumischen zu wollen. (Gemeint ist damit das Interesse, das das ganze deutsche Volk für das traurige Schicksal der Deutschitaliener zeigt! Red. d. „A.“) Wenn diese Völkern, wie ich wünsche, gesetzmäßig sein werden, dann könnte die Zusammenarbeit zwischen zwei Völkern von so impolanter Größe schon allein auf wirtschaftlichem Gebiete ausgezeichnete Ergebnisse zeitigen. Wie ich hinzufügen möchte, haben sich die Beziehungen in den letzten Monaten gebessert. Der Empfang, der General Robillo in Stolp und in ganz Deutschland zuteil wurde, hat in der öffentlichen Meinung Italiens den herzlichsten Widerhall gefunden.“

Schließlich verdrückte sich der Diktator über das Verhältnis Italiens zu Frankreich. Er nannte die Geschichte dieser Beziehungen „religiös bewegt“, seitdem in Versailles die französischen Staatsminister die Forderungen Italiens nicht unterstützten. Indessen seien die Beziehungen jetzt gebessert, trotz des jugoslawisch-französischen Defensivbündnisses und des albanisch-italienischen Vertrags. Gegenwärtig werde mit Frankreich über einen umfassenden politischen Freundschaftsvertrag sowie über Tanger, die Lage der Völkern in Tunis und eine Grenzberichtigung von Tripolis verhandelt. Er hoffe auf einen glücklichen Abschluß dieser Verhandlungen.

Minderheitsvölker — Maul halten! Griechische Rechtslehre in Genf.

Genf, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Der Völkerbundrat nahm in öffentlicher Sitzung Kenntnis davon, daß den Mitgliedern des hiesigen Gerichtshofes von Holland diplomatische Freiheiten eingeräumt worden sind. Nach Erledigung weiterer Berichte brachte die Behandlung des albanisch-griechischen Minderheitenkonflikts den ersten scharfen Wortwechsel der Tagung mit einer Rede des Griechen Politis, von Beruf Völkerrechtslehrer! Der Albaner beschwerte sich unter Anführung einiger sehr ernst aussehender Einzelfälle über Enteignung albanischer Bauern und Verhinderung des albanischen Unterrichts durch Griechenland. Politis bezeichnete diese Beschwerde als ungerechtfertigt und ging zu einem scharfen Angriff auf die Minderheiten im allgemeinen über. Die direkte Kränkung des Rats in Minderheitenfragen könne für alle Staaten mit Minderheitsländern gefährlich werden. Das Beschwerderecht werde von den Minderheiten zu Annullität, Feindschaft und Widerstand gegen ihre Regierungen mißbraucht. Politis lehnte eine Prüfung des sachlichen Inhalts der albanischen Beschwerde ab, selbst auf die direkte Frage des Albaners hin, ob Griechenland in Nordepirus auch nur eine einzige albanische Schule geschaffen habe.

Chamberlain gegen Litauen.

Genf, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Chamberlain stellte in einer Pressebesprechung mit, daß er seinen diesmaligen Aufenthalt in Genf dazu benutze, um sich mit dem Vertreter Frankreichs, Paul Boucaut, über die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England in der Abrüstungsfrage zu unterhalten. In derselben Besprechung nennt Chamberlain die Verfassungsänderung Litauens eine Verdrücktheit und betont, daß er bei aller Sympathie für die kleinen Staaten das Ausbleiben in der Lituanenangelegenheit für durchaus unrichtig und dem Geiste des Völkerbundes widersprechend halte. Er betonte, daß man von Litauen dieselben Opfer verlangen könne wie sie das große Deutschland nach Friedensschluß freiwillig gebracht habe.

In Paris drängt man auf Erledigung.

Paris, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Die französische Presse nimmt die bevorstehende Behandlung des litauisch-polnischen Konflikts sowie den polnischen Protest gegen die Erklärung Wilnas zur litauischen Hauptstadt zum Anlaß, energisch auf eine endgültige Erledigung der Angelegenheit durch den Völkerbund zu drängen. Der „Temps“ bestreitet entschieden jede Möglichkeit einer Bedrohung der Unabhängigkeit Litauens in irgendeiner Form.

Gummifnüttel und Vizepräsident.

Erklärung des Polizeipräsidenten über die Sonnabendvorgänge.

In Ergänzung früherer Darlegungen über die Zusammenstöße im Bezirk Friedrichshain, bei denen auch Polizeipräsident Dr. Weich mit dem Gummifnüttel Bekanntschaft machte, läßt der Polizeipräsident nunmehr folgendes der Presse mitteilen:

Die bedauerlichen Vorfälle, die sich am Sonnabend in der Frankfurter Allee ereignet haben, sind Gegenstand eingehender Untersuchungen und Erörterungen gewesen. Dabei wurde zunächst festgestellt, daß die polizeilichen Maßnahmen sich im üblichen Rahmen gehalten haben, daß aber unter bekannter Berücksichtigung des Anlasses und der ganzen Lage den Polizeibeamten ausbrechlich die größtmögliche Besonnenheit und Zurückhaltung zur unbedingten Pflicht gemacht worden ist. Es wurde aber auch weiter von allen Beteiligten übereinstimmend festgestellt, daß die Stimmung der Demonstranten und vor allen Dingen der Mitläufer überaus erregt gewesen ist. Während jedoch auf der einen Seite die

Zugleichnehmer im allgemeinen Disziplin gewahrt

haben, sich die Menge der Mitläufer zu schweren Beschimpfungen und Belästigungen der Polizeibeamten und schließlich sogar zu schweren Ausschreitungen hinreißten. So kam es bereits auf dem Wege zum Friedrichshof, wie amtlich mitgeteilt wurde, zu Angriffen auf die Polizeibeamten, bei denen Beamte verletzt wurden. Als auf dem Rückmarsch vom Friedrichshof die Mitläufer und rabaulustigen Elemente immer härteren Zuzug erhielten, wurde es notwendig, an der Ecke der Frankfurter Allee und Wartenbergstraße die Menge in die Seitenstraßen abzuräumen, um dem Verkehr freie Durchfahrt und dem Demonstrationszug selbst die Möglichkeit des Weitermarsches zu verschaffen. Dabei wurden die Beamten sofort mit Steinen bombardiert und zum Teil erheblich verletzt. Auf Grund dieser Angriffe waren die Beamten gezwungen, zum Gummifnüttel Gebrauch zu machen, um den Widerstand zu brechen und die Menge zu zerstreuen. Bedauerlicherweise haben in der menschlich durchaus verständlichen Erregung über die wüsten Beschimpfungen und Angriffe, die sie zu erdulden hatten, einige Polizeibeamte das Maß der notwendigen Härte überschritten, was zu dem durchaus berechtigten und notwendigen Einschreiten des polizeilichen Vorgesetzten beobachtenden Polizeivizepräsidenten Dr. Weich geführt hat. Dieser Erregung ist es auch nach der eigenen Ansicht des Polizeivizepräsidenten zuzuschreiben, daß er bei seinem Eingreifen von den Beamten nicht er-

kannt werden ist. Bei der auf beiden Seiten herrschenden außerordentlich starken Erregung ist es dem Einzelnen des Polizeipräsidenten Dr. Weich zu danken, daß die Ruhe sehr schnell wieder hergestellt worden ist.

Am Anschlag an die Untersuchungen und Besprechungen im Polizeipräsidenten hat der Polizeipräsident ein Schreiben an das Kommando der Schutzpolizei gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Mit Rücksicht auf die verschiedenen in letzter Zeit erfolgten Zusammenstöße polizeilicher Demonstrationen mit der Schutzpolizei lege ich Wert darauf, bei der Beamtenhaft nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, es würden ihr durch einengende Bestimmungen bei diesen Zusammenstößen die Hände gebunden, oder sie fände in Fällen, in denen sich der Gebrauch der Waffen nicht vermeiden läßt, bei mir nicht den erforderlichen Schutz. Wie ich es bisher stets getan habe, so werde ich auch in Zukunft für die mir unterstellten Beamten voll und ganz eintreten. Das kann aber nur dann geschehen, wenn jeder einzelne Beamte und insbesondere der verantwortliche Führer sich vor Augen hält, daß in keinem Falle das erforderliche Maß der polizeilichen Notwendigkeiten überschritten werden darf. Schmähende Jurufe und Belästigungen werden, zumal wenn sie gegen die Polizei im allgemeinen und nicht gegen einzelne Beamte gerichtet sind, oder wenn sie einer gewissen erregten Stimmung entspringen, mit überlegener Ruhe hingenommen werden. Bei grober Unbotmäßigkeit, bei Widerstand, aber auch bei Angriffen gegen die Polizei wird in jedem Falle zu prüfen sein, ob nicht schon die Anwendung der geringsten polizeilichen Maßnahmen zum gewünschten Ziele führt. Ist der beabsichtigte Zweck erreicht, so ist der Gebrauch der Waffen unverzüglich einzustellen. Unter allen Umständen muß auch der geringste Anstoß vermieden werden, als ob die Polizei in einer gewissen, wenn auch vielleicht menschlich verständlichen Erregung sich nicht nur von polizeilichen Gesichtspunkten leiten lassen, sondern darüber hinaus auch Vergeltung für erlittene Verunglimpfungen üben soll.“

Ich ersuche das Kommando, den Wortlaut dieses Schreibens allen Polizeibeamten bekanntzugeben, darüber hinaus sind die in diesem Schreiben niedergelegten Grundsätze im polizeilichen Unterricht zum Gegenstand immer erneuter eintäglicher Belehrung zu machen.“

Bayern vor dem Uebergang.

Die Geschlagenen an der Strippe.

München, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Nach dem am Dienstag erfolgten endgültigen Feststellungen des Landeswahlausschusses ändert sich an der bisher nur provisorisch bekannten Zusammensetzung des neuen Landtags nichts mehr. Dieser besteht also aus 46 Bayerischen Volksparteilern (gleichgeblieben), Sozialdemokraten 34 (plus 9), Bayerischer Bauernbund 17 (plus 5), Deutschnationalen 13 (plus 1), Nationalsozialisten 9 (plus 3), Kommunisten 5 (minus 2) und Deutsche Volkspartei 4 (plus 2). Nach der persönlichen Seite hin haben die Deutschnationalen den schwersten Verlust erlitten, da der Landtagsführer und Vorsitzende der Bayerischen Landesbauernkammern, Prieger, nicht mehr gewählt wurde, und auch ihr bayerischer Parteivorstand, der in Hilsperit glänzend durchgefallen ist, der als das Haupt der bayerischen Reaktion der letzten acht Jahre angesprochen werden muß. Einer der beiden kommt allerdings noch mit Landesmandat in den Landtag. Seine Wahl bietet aber erhebliche Schwierigkeiten, da die Landtagswähler mit ihrer Zweidrittelmehrheit innerhalb der bayerischen Deutschnationalen Partei auf ihren Kandidaten Prieger bestanden.

Die Frage der künftigen Regierungskoalition in Bayern befindet sich immer noch auf dem alten Fleck. Sie wird auch erst nach der Klärung der Verhältnisse im Reich in Fluß kommen. Die Bayerische Volkspartei findet ihr besonderes Vergnügen darin, ihre deutschnationalen Freunde nach wie vor in ungewisser Fehnhängen zu lassen. Mit einiger Sicherheit kann indes damit gerechnet werden, daß die Bayerische Volkspartei wiederum den Ministerpräsidenten stellt und für diesen Posten den Dr. Heiß von neuem präsentiert. Es soll ihm damit Gelegenheit geboten werden, im Laufe eines Jahres wenigstens einen Teil seiner großen Versprechungen zur Staatsvereinfachung einzulösen. Dem neuen Ministerium Heiß wird aber allgemein nur der Charakter eines Uebergangsministeriums beigelegt.

Der Landtag in Württemberg konstituiert.

Stuttgart, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Der Württembergische Landtag wurde am Dienstag nachmittag durch den sozialdemokratischen Alterspräsidenten Dr. Hieber eröffnet. Von 80 Abgeordneten waren 78 anwesend. Zum 1. Präsidenten wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Pflüger mit 53 Stimmen gewählt. Die aus den Deutschnationalen und dem Bauernbund bestehende Fraktion der Rechten hatte weiße Fettsel abgegeben. Zum 1. Vizepräsidenten wurde der deutschnationalen Abgeordnete Hermann Hiller mit 45 Stimmen gewählt. Infolge des Verlustes der Rechten bei der Wahl des Präsidenten gaben diesmal die Sozialdemokraten und einige Demokraten weiße Fettsel ab. Zum 2. Vizepräsidenten wurde der Zentrum Abgeordnete Andre mit 64 Stimmen gewählt. Die Wahl des Staatspräsidenten wurde auf Antrag des Zentrums von der Tagesordnung abgesetzt, da dieser Punkt, wie der Vorsitzende der Zentrumsfraktion unter verständnisvoller Heiterkeit sagte, „noch nicht genügend vorbereitet sei“. Die nächste Sitzung wurde auf seinen Vorschlag auf Freitag nachmittag anberaumt.

Fortschritte bei Kreiswahlen.

Im Kreise Oels sozialdemokratische Mehrheit!

Mit einer kommunistischen Niederlage haben die Kreiswahlen in Mittelschlesien geendet. Im Landkreis Breslau hat die Sozialdemokratie, trotzdem eine Reihe wichtiger Industrieorte durch die Eingemeindung weggefallen sind, ihren Besitzstand mit zwölf Mandaten vollständig gehalten. Die Deutschnationalen erhalten sieben, die Zentrumspartei vier Mandate. Die Deutsche Bauernpartei hat ein Mandat erobert. Die Kommunisten waren so schwach, daß sie überhaupt keine Sitze ausstellen konnten.

Im Kreise Rumowitz hat die Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien ein Mandat abgenommen und zählt jetzt acht Sitze. Die Deutschnationalen erhielten sieben Mandate, das Zentrum fünf, die Bauernpartei zwei, die Liste des unpolitischen Mittelstandes drei Mandate, die Kommunisten keine.

Im Kreise Oels nahm die Sozialdemokratie den Kommunisten ihr einziges Mandat ebenfalls ab und brachte

es auf elf Mandate. Die bürgerlichen Parteien hatten sich vollständig zusammengeschlossen und erzielten 13 Mandate. Die Bauernpartei, die politisch mit der Sozialdemokratie geht, erzielte 2 Mandate, so daß in diesem Kreis jetzt eine sozialdemokratische Mehrheit besteht.

Ihre Majestät ...

Hofberichte anno 1928.

Es ist bekannt, daß Bad Homburg „Ihre Majestät, die Kaiserin Hermine“ für sich in Anspruch nimmt. Nimmt sie dort Aufenthalt, so wird im Ton der alten Hofberichte davon Kenntnis genommen, als habe sich seit 1918 nichts verändert. Homburg hat eine Konkurrenz bekommen. „Ihre Majestät“ haben gerührt, in Bad Rissingen abzuziehen. Und siehe da, daselbst Theater aufgeführt sich nun auch dort. Die Herren Hofphotographen posieren in alle Welt, daß sie die Ehre gehabt haben, von „Ihrer Majestät“ nebst Anhang einen lakonischen Besuch erhalten zu haben, die Lieferantinnen rühmten sich und die Rissingener Saale-Zeitung, zugleich amtliches Publikationsorgan, erlattet einen Hofbericht über den anderen, daß einem vor Rührung die Tränen kommen oder auch was anderes. Als Kostprobe den Abgabeherrschern:

Ihre Majestät Kaiserin Hermine verließ, wie schon kurz berichtet, gestern mittag 12.30 Uhr nach fast vierwöchigem Aufenthalt Bad Rissingen. Schon beim ersten Hiersein im August 1927 hat Ihre Majestät sich allgemein größte Liebe und Verehrung erworben durch gewinnende Lebenswürdigkeit und Herzengüte, durch ihre offene Freude an Rissingens Schönheiten, durch warmes Interesse an seinen Bewohnern und durch rge Anteilnahme am Kurleben. Ueberall, wo die Kaiserin erschien, wurde sie Gegenstand ehrerbietiger Begrüßung. Sie war heimlich in unferrem Badeort und Aukerte immer wieder, wie wohl sie sich hier fühle. Von all den vielen Fürstlichkeiten, die im Laufe der Jahrzehnte Rissingen ausflüchten, ist wohl keine in so enge Beziehungen zu unserem Bade getreten, so schnell und so sehr mit ihm verwachsen, wie Kaiserin Hermine, die mit ihrem Scheiden eine fühlbare Lücke hinterläßt. Die große Verehrung, die dieser letzten Frau entgegengebracht wurde, fand in einer unbeschreiblichen Fülle herrlichster Blumen ihren Ausdruck. Ihr Zimmer als einem Blumenparadies, der täglich schöner wurde. — Möchten auch diesmal unsere Quellen der Kaiserin Stärkung, Erholung und Gesundheit schenken und Rissingen seinen hohen Kurort im nächsten Jahre wieder grüßen dürfen.

Monarchienüberschwenglichkeit? Auf den letzten Soh kommt es an! Da kommt die „furchtbare Bär“ zum Vorschein, denn Geschick ist Geschäft, und schon in der Bibel heißt es: „Auf dem Bause sollst du trischen...“

Wer nicht nur in der deutschen Republik wird mancherorts eine derartige Bebedienerei vor Fürstlichkeiten beliebt. In den Vereinigten Staaten ist es nicht besser. Und die Sowjet-Union selbst wenigstens Amanullah! Der ist doch noch ein richtiger amtierender König. Hermine aber ist bloß die zweite Frau eines Abgesetzten!

Presse tagung in Köln.

Reichsverband und internationaler Bund.

Die Vertreterversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse, über deren große öffentliche Rundgebung wir berichtet haben, war ganz berufsangelegentlich gerollmet und erlos ihre gewerkschaftlichen Charakter u. a. auch durch den Beschluß auf Beirögerhöhung und Schaffung einer zentralen Unterstützungsstelle.

Zu Vorsitzenden des Reichsverbandes wurden gewählt: Georg Bernhard Berlin (an Stelle des zurückgetretenen Paul Boeder-Berlin), Cajetan Freund, München und geschäftsführender Direktor Gustaf Richter, zum Schriftführer Franz Klübs.

Jürgel tagt in Köln der Internationale Journalistenbund, dem die Hochverbände fast aller Länder angehören.

In Dänisch-Nordschleswig besteht seit einiger Zeit eine übernationale „Sammlungsbewegung“, die zur Abhilfe gegen dauernde Wirtschaftsanst auch eigene Kronungsverwaltung fordert. Die Zeitung der sie sehr ernst genommenen dänischen Sonderströmung Cornelius fordert nun von jedem Leser zwei Kronen, da es sonst einachen müßte. Sel. Führer der übernationalen Sammlungsbewegung, unterträgt diesen Hüter!

Der Aufstieg der Arbeiterkinder

Eine nützliche Untersuchung.

Das Bildungsprivileg ist auch heute noch nicht gebrochen. Auch heute noch ist der Besuch höherer Lehranstalten zum guten Teil eine Geldfrage. Den Kindern der Minderbemittelten bleibt, mögen sie noch so begabt sein, im Durchschnitt der Weg zum Aufstieg versperrt. Selber fehlen konkrete Zahlen, die das deutlich machen. Es ist deswegen zu begrüßen, wenn Genosse Friedrich Hausen zahl in dieser Richtung Nachforschungen an einer Reinger höheren Schule angestellt hat. Er berichtet darüber in unserem Reinger Beiblatt:

Die Durchsicht eines Jahresberichtes einer Reinger höheren Schule für das Jahr 1927/28 mahnt zu einem ernsten Nachdenken über die Stellung der Arbeiterkinder in den höheren Bildungsanstalten. Nach einer Statistik in dem Berichte über die Verteilung der Schüler nach dem Beruf oder der Stellung des Vaters wurde diese Anstalt 1927/28 besucht:

1. Kinder von Arbeitern 4 = 0,93 Proz.
2. Kinder von Werkmeistern und Arbeiter 8 = 1,87 Proz.
3. Kinder von Unterbeamten des Staates und der Gemeinde 8 = 1,87 Proz.
4. Kinder von Angestellten des Staates und der Gemeinde 2 = 0,23 Proz.

Unter den rund 420 Schülern dieser höheren Lehranstalt in Reinger befinden sich also nur zwischen 20 und 30 Kinder, die der breiten Bodenschicht des werktätigen Volkes entstammen. Gewiß kann man eine genaue Abgrenzung in soziale Klassen nach elterlichen Berufen nicht vornehmen, die Liebergänge sind fließend; aber die eine Tatsache scheint doch mit Sicherheit aus dieser Statistik hervorzugehen, daß die geringe Zahl der Kinder aus unteren Schichten nicht der gesellschaftlichen Bedeutung der großen Schicht der Arbeiterschaft in einer Stadt wie Reinger entspricht.

Derartige Untersuchungen sollten auch andernorts und auf möglichst breiter Grundlage vorgenommen werden. Gewiß verändern statistischen die Tatsachen nicht, aber es ist schon nützlich, Verhältnisse deutlich vor Augen zu führen. Mag auch das Verhältnis nicht überall so sein wie bei dem vorliegenden Beispiel, so steht doch das eine fest, daß unter dem bestehenden System viele Tausende von Kindern ern müssen, die nach ihrer Begabung da stehen müßten, wo heute Kinder begabte amüßeren, die keinen anderen Vorzug haben als den, Kinder wohlhabender Eltern zu sein. Solange dieser Zustand herrscht, ist es eine Staatsnotwendigkeit, dem Tüchtigen freie Bahn zu schaffen, gleichgültig, ob es seinen Eltern gelang, das Bildungsprivileg zu durchbrechen oder nicht.

Zürforgesmaßnahmen der preussischen Regierung.

Die preussische Regierung richtet seit Jahren ihr Augenmerk darauf, so gut es bei den zur Verfügung stehenden Mitteln geht, das Bildungsprivileg der wirtschaftlich Starken zu brechen. Eine besondere Rolle spielte dabei die Durchführung des Programms, das durch Schaffung der neuen Schulform, der Aufbauschule, gestellt worden war. Diese Schulform, die die Jugend nach dem Durchlaufen der Volksschule erfährt und sie in sechs Jahren zur Reifeprüfung führt, hat sich in den letzten Jahren vollkommen durchgesetzt. Es bestehen zurzeit 89 staatliche, 16 städtische und 2 private Aufbauschulen mit zusammen 12.496 Schülern und Schülerinnen (rund drei Viertel Knaben, ein Viertel Mädchen).

Neben der Schaffung der Aufbauschulen waren weitere Maßnahmen in den Dienst der Aufgabe gestellt, den Zugang minderbemittelter begabter Schüler zu den höheren Schulen sicherzustellen. Hierzu gehören zunächst die Schulgeldmaßnahmen. Früher gehörten zunächst die Schulgeldmaßnahmen zum Freiwerden während der letzten Jahre. Wenn es auch nicht zu vermeiden war, das Schulgeld auf jährlich 200 M. hinaufzusetzen, so ist es doch gelungen, dem verärgerten Drängen der Finanzverwaltung und der Gemeindefürsorge der weiter geforderten erheblichen Erhöhung des Schulgeldes Widerstand zu leisten und das Schulgeld in Grenzen zu halten, die unter Berücksichtigung der Lage der Wirtschaft und der öffentlichen Körperschaften als erträglich bezeichnet werden müssen. Das Schulgeld deckt heute wie vor dem Kriege etwa ein Drittel der Kosten des einzelnen Schülers; die Verbrüche, einen größeren Teil der Kosten den Erziehungsberechtigten aufzubürden, sind nergeblich geblieben.

Dazu kommt, daß eine Reihe von Verbesserungen eingeführt wurden, die bis zur Staatsumwälzung fehlten:

Bereitstellung eines bestimmten Hundertsches des Schulgeldaufkommens, mindestens 20 Proz. zur Gewährung nicht nur der schon früher üblichen Freistellen und Schulgeldermäßigungen, sondern auch zur Ausstattung von Hilfsbüchern, aus denen minderbemittelten Schülern Schulbücher leihweise zur Verfügung gestellt werden, und zur Gewährung von Erziehungsbeihilfen für besonders begabte minderbemittelte Schüler. Außerdem ist an den öffentlichen höheren Schulen Preußens die Wohnnahme durchgeführt, daß das 2. Kind des gleichen Erziehungsberechtigten ein um 25 Proz., das 3. Kind ein um 50 Proz. ermäßigtes Schulgeld zahlt, und daß das 4. und weitere Kinder schulgeldlos sind. Für solche Vergünstigungen ist zurzeit an sämtlichen öffentlichen höheren Schulen Preußens aus öffentlichen Mitteln ein jährlicher Gesamtbetrag von mindestens rund 15.400.000 Mark gewährt.

Neben den Beträgen, die aus dem Schulgeldaufkommen zu diesem Zweck den einzelnen Schulen gewährt werden, hat die preussische Unterrichtsverwaltung aus dem Reich zur Verfügung gestellten Mitteln seit Ostern 1924 insgesamt 32.938 M. an einzelne von Schulen und Schulverwaltungsbehörden lorgfähig hierfür ausgewählte Schüler und Schülerinnen verteilt. Dabei sind die Aufbauschulen in erster Linie berücksichtigt worden. Es ist so gelungen, einer größeren Anzahl hochbegabter minderbemittelter Schüler, denen sonst die höhere Schule verschlossen gewesen wäre, ihren Besuch zu ermöglichen.

Finanzministerkrise in Prag.

Differenzen mit den Agrariern.

Prag, 3. Juni. (Eigenbericht.) Der Finanzminister Dr. Engliš, der als Nachmann dem Kabinett angehört, hat um seine Entlassung gebeten. Die Ursachen liegen in schweren Differenzen zwischen ihm und den Koalitionsparteien, namentlich den tschechischen Agrariern. Engliš ist der Schöpfer des Gemeindefinanzgesetzes, das die Selbstverwaltungskörper vielfach schon jetzt zum finanziellen Zusammenbruch treibt. Selbst die Koalitionsparteien sehen die Notwendigkeit einer Reurierung des Gesetzes ein, stoßen dabei aber auf den Widerspruch des Finanzministers. Nach einer anderen glaubhaften Version weigerte sich Engliš, bei den jetzt stattfindenden Beratungen über das nächstjährige Budget den übertriebenen Forderungen des Verteidigungsministeriums und des Landwirtschaftsministeriums nachzugeben.

Der bolschewistische Januskopf.



„Heiliger Stalin, dasselbe hab' ich Dir vorgeworfen — und Du schicktest mich deswegen nach Sibirien!“

Staatsanwälte in den Nesseln.

Die Disziplinarverhandlung gegen Kufmann & Co.

Auf die Auslagen des Justizrats Werthauer, des Justizrats Böwenslein und des Landtagsabgeordneten Heilmann hatte der Reichsanwalt Dr. Caspary sich auch auf den früheren Staatssekretär Frihe und Ministerialrat Kubnt — zum Beweise dafür berufen, daß er in Verbindung mit der Verhaftung Werthauers aus der Justiz-Untersuchung herausgezogen worden sei. Der Vorstehende mußte aber nach Befragung der Auslagen feststellen, daß sämtliche Zeugnisse für Dr. Caspary ungünstiges betunden hätten. Justizrat Werthauer hat Caspary und Kufmann als Reklamadeartikel bezeichnet. Sie hätten in Haft genommenen Personen Beauftragungen in Aussicht gestellt für den Fall, daß sie gegen ihn, Werthauer, auslagen würden. Solche Verhältnisse wie Caspary und Kufmann dürfen nicht der Rechtspflege angehören. Und Justizrat Böwenslein hatte in der schärfsten Weise sowohl die maßlose Verhaftung politischer Persönlichkeiten als auch die Verhaftung von beschuldigten Maßnahmen der Staatsanwaltschaft in der Presse mißbilligt. Auch der Landtagsabgeordnete Heilmann bestritt in seiner Auslage, irrendwie auf die Abberufung Casparys eingewirkt zu haben. Er habe sich überhaupt sofort nach Aufkommen der Bormotoffäre der nächsten Juridikation beistellt. Staatssekretär Frihe hat als Zeuge hinzugefügt und erklärt, daß ein Staatsanwalt, der der Presse Material zur Verfügung stelle, nicht im Umkreis gelassen werden dürfe. Und Ministerialrat Kubnt wies die Behauptung, daß auf seine Entscheidung in bezug auf Caspary die „Straße“ einen Einfluß gehabt habe, entschieden zurück.

Oberstaatsanwalt Sehe, dem gegenüber sich Caspary unangenehm verhalten haben soll, bestritt, Dr. Caspary sei eines Tages an ihn mit der Summe von 100.000 M. herangetreten, auf Grund eines gegen die Deutschen Werte gerichteten Teilungsartikels ein Verfahren einzuleiten. Wenn er aus dieser Summe die Rückzahlung Casparys für sein Amt geschossen habe, so wolle er in seiner Verurteilung „wenn Sie das nicht tun, so werden Sie dazu gezwungen werden“, keine Drohung erblicken. Es sei höchstens eine Unangenehmheit gewesen. In Verbindung mit dieser Summe Casparys hat Sehe auch noch gedroht, der Oberstaatsanwalt würde möge das Verfahren selbst machen, denn mit dem Bormotoffären Verfahren habe sich die Staatsanwaltschaft II schon genug in die Nesseln gefickt.

Der zweite Angeklagte Kufmann ist, wie bereits erwähnt, persönlich nicht erschienen. Er hat in um Entlassung aus dem Justizdienst nachgesucht. Sie wurde ihm jedoch bis zur Entscheidung des Disziplinarverfahrens gegen ihn verweigert. Was sollte er da noch vor einem Disziplinargerichtshof suchen. Ueber Kufmann äußert sich seine vorgesetzte Behörde äußerst lobend. Gerühmt wird seine schnelle Aufnahmefähigkeit, seine Redegewandtheit, seine energische, zielbewusste und sichere Persönlichkeit, sein tatkräftiges Inangriffnehmen der Sonderaufträge, die er erhalten hatte. Seine Führung sei tadellos gewesen. Und so sei er auf die Liste der bevorzugten Assessoren gesetzt worden. Die Anklage gegen ihn lautet auf Verbindung mit der Presse, mit Knoll, Baumeller und Abg. Leopold und auf Unwahrscheinlichkeit gegen eine Reihe von Personen, darunter gegen den Oberstaatsanwalt Dr. Teploff. Der Disziplinargerichtshof hat aber zu allererst zu prüfen, ob Kufmann wegen Hebergabe amtlicher Schriftstücke an Knoll überhaupt disziplinarisch zu ahnden sei, nachdem das Gericht ihn freigesprochen hat. Es werden deshalb die Auslagen einer Reihe von Zeugen aus dem Gerichtsverfahren und das Gerichtsurteil selbst vorlesen. Bekanntlich war die zweite Instanz aus objektiven wie subjektiven Gründen zum Freispruch Kufmanns gelangt. Im Urteil hieß es u. a., daß

Knoll als Hilfsarbeiter Kufmanns

zu betrachten gewesen sei und daß er deshalb das Berechnungsprotokoll Anonell Moats zum Einbild habe erhalten können. Knoll hatte, wie erinnert, anfangs erklärt, daß er gänzlich keine Beziehung im Amtszimmer Kufmanns verschiedene Abschriften gemacht habe. Durch die Befragung des Urteils wird man an die Skandalöse Szene erinnert, wie der Staatsanwalt und jetzige Richter Bekker mit der Absicht die Tasse eines Restaurants aufsuchte, um dem Knoll die Gelegenheit zu geben, der Staatsanwaltschaftlichen Aktenmappe die Schriftstücke des Rechnungshofes zu entnehmen.

Zum Punkte Unwahrscheinlichkeit Kufmanns erzählt man aus der Auslage Dr. Teploffs, Kufmann habe es verheimlicht, daß Hauptmann a. D. Knoll und Dr. Moor ein und dieselbe Persönlichkeit war. Er habe ihm überhaupt nicht gesagt, daß Knoll der Gemahlsmann sei, sondern erklärt, daß er ihn „nur zufällig“ treffe. Im übrigen seien sämtliche Bormotoffären wiederholt

ermahnt worden, die Untersuchung streng geheim zu halten. Das gleiche erzählt man aus der Befragung des Staatsanwalts Hehl. Als er nach der Veröffentlichung des Bauer-Briefes u. a. auch Kufmann gefragt habe, ob nicht er ihn vielleicht in die Presse lanciert habe, habe Dr. Kufmann erklärt, daß er mit der Presse ein für allemal nichts zu tun haben wolle. Teploff hat weiter ausgelegt, daß Kufmann nach seinen eigenen Angaben nicht in allen Teilen die Wahrheit gesagt habe.

Erhöht wird nach Kufmanns Behauptung zum R. W. Teploff, im Blauen Grafenmann-Prozess. Kufmann hatte dem Rechtsanwalt Müller gegen den Streifenmann einen Beleidigungsprozess führt, eine Reihe von Tatsachen mitteilt. Er hatte ihm ferner die Bekanntschaft mit dem Freiherrn v. Reben vom Hagenbergsberg vermittelt. Tatsächlich hat eine Zusammenkunft von Pressevertretern und Parlamentariern im Hotel Excelsior stattgefunden. — Die Disziplinarverhandlung geht morgen weiter.

Polens Minderheiten-Unterdrückung.

Russen-Zuchthausurteile gegen Weißrussen.

Warschau, 3. Juni. (Eigenbericht.)

Am Montag ist in Bialystok der Prozess gegen 126 Mitglieder der kommunistischen Partei Weißrusslands zu Ende gegangen, denen staatsfeindliche Tätigkeit zum Vorwurf gemacht wurde. Von den Angeklagten, die über 2 1/2 Jahre in Untersuchungshaft gefesselt haben, sind 80 zu schweren Zuchthausstrafen von einem bis acht Jahren verurteilt worden. Es ist dies bereits der dritte Prozess, der im Laufe einer kurzen Zeit von den polnischen Behörden gegen die freiheitlichen Bewegungen der slavischen Minderheiten angestrengt worden ist. Im Prozess gegen die weißrussische Promada (über 150 Angeklagte) sind bekanntlich auch mehrere Sejmabgeordnete zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden, und auch in dem Prozess von Luid betrug die Zahl der Angeklagten über 100. Die Behörden suchen die freiheitlichen Bewegungen der Minderheiten, die im Grunde genommen den Staat keineswegs bedrohen, sondern nur auf Erleichterung der politischen und kulturellen Bedingungen hinausgehen zu unterdrücken, indem sie die Führer kämer bestreiten, ohne zu bedenken, daß ein solches Vorgehen nur die Gegenläufige innerhalb der gesamten Bevölkerung verschärfen kann. Die Folgen dieser Minderheitenpolitik lassen auf sich auch nicht warten. So ist beispielsweise auch derjenige Teil der Ukrainer, der bisher auf dem Boden der lokalen Zusammenarbeit gestanden hat, in das Lager der prinzipiellen Opposition übergegangen, wie das bei den gegenwärtigen Parlamentssitzungen über das Budget unzweifelhaft zum Ausdruck kommt.

Rot drängt schwarz zurück.

Auch in Holland.

Amsterdam, 3. Juni. (Eigenbericht.)

Der niederländische Katholikentag in Maastricht gewann dadurch eine gewisse Bedeutung, daß aus den wichtigsten Neben deutlich die Furcht vor dem unaushaltbaren Vorbringen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in den südlichen Provinzen hervorklang, die bisher als unangehörige Hochburg der im rechten Flügel des deutschen Zentrums entsprechenden römisch-katholischen Staatspartei gegolten hatten. Ein Herr Koster lang ein bewegliches Mitglied über dem Rückgang des katholischen Einflusses, da bereits der neunste Teil der katholischen Wähler nicht mehr katholisch stimme. 30.000 Menschen in und um Rotterdam seien binnen 8 Jahren zu dauernden Lesern einer sozialistischen Tageszeitung gemacht. In Rotterdam seien schon 30.000, in Amsterdam gar 50.000 und im Haag 20.000 Katholiken, die das Osterfest nicht mehr durch die übliche Kommunion begingen. Die Zahl der gemischten Ehen nehme erschreckend zu. Ein Professor Koster sagte über die der katholischen weit überlegene sozialistische Literatur. Unsere Genossen können solche Klagelieder mit Recht als willkommenen Aufmunterung betrachten.

Schnellbahn und Fluganstalt.

Zwei Verkehrsprojekte vor dem Stadtparlament.

Den Deutschnationalen der Stadtverordnetenversammlung ist es gestern gelungen, die Entscheidung über die von der Stadt geplante Weiterführung der Dahlemer U-Bahn zu verschleppen. Weil ihnen die Richtung Zehlendorf-West nicht paßte, forderten sie Ausschuhüberweisung, und als diese abgelehnt wurde, verhinderten sie die sofortige zweite Beratung. Schließlich brachte ihr Redner nicht vor, aber man hätte, meinte er, das Bezirksamt Zehlendorf nicht übergehen dürfen, das sich gegen die Richtung Zehlendorf-West erklärt hat. Auch ein Grund, die Inangriffnahme eines notwendigen Verkehrsprojektes zu verzögern! Bei der neuen Vorlage über die Unterbringung der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt auf Briger Land wollten die Deutschnationalen die alte Vorlage wiederherstellen, die den Lufthafen östlich der Rudower Chaussee plante. Es gelang ihnen nicht, und die neue Vorlage wurde dann angenommen. Die Kommunisten hatten gegen das neue Projekt ihren Stadtverordneten Lange vorgeschickt, der vor kurzem als Lobredner des Königs Amanullah durch seine eigenartige Logik aufgefallen ist. Es klang sehr „radikal“, als er die gesamte Luftfahrt wie eine Vorbereitung auf einen neuen Krieg schilderte. Aber mit derselben Begründung konnte man auch jede Förderung des Eisenbahn- und Autoverkehrs ablehnen...

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende Genosse Hoff den Tod des früheren langjährigen Stadtschulrates Dr. Fischer mit. Der Verstorbene habe das Gemeindeschulwesen nordlich geleitet und sich besonders durch die Fürsorge aller Art um Schulkinder verdient gemacht. Eine Anfrage der Kommunisten wegen der

Unzulänglichkeit der 30. Gemeindeschule

in der Rüdersdorfer Straße beantwortete der Stadtschulrat Genosse Nischel dahin, daß die genannte Schule der Neuzeit nicht mehr entspräche. Man wolle versuchen, die Kinder der Schule umzusiedeln und die Gebäude anderen Zwecken dienstbar zu machen. Stadtv. Genosse Krenshiger bezeichnete den Zustand des Schulgebäudes als unhaltbar. Besonders die Dienstwohnung des Schulhausmeisters müsse bald geräumt werden, da sie keine menschenwürdige Behausung sei. Für die Erklärung des Stadtschulrats sei die sozialdemokratische Fraktion dankbar. — Für einen Antrag der kommunistischen Fraktion, der sich gegen die technische Nothilfe wendet, stimmten mit den Antragstellern unsere Genossen. Der Antrag verlangt, daß irgendwelche etwa noch bestehenden Verbindungen der Stadt mit der Technischen Nothilfe gelöst werden und daß städtische Beamte, Angestellte und Arbeiter dienstlich zu keiner Veranstaltung dieser Organisation geladen werden dürfen. Ebenfalls soll jede Propaganda unterbleiben. — Bei der Beratung der Magistratsvorlage wegen der

Verlängerung der Dahlemer Schnellbahn.

erhöht der Deutschnationale Dr. Steiniger Protest gegen die Linienführung. Bezirksamt und Bezirksverammlung Zehlendorf hätten die Strecke bis zum Reichsbahnhof Zehlendorf-Ritte befürwortet, während die zentralen Stellen die Bahn bis Zehlendorf-West legen wollten. An die Strecke bis nach „Wesl“ hätte nur eine Siedlungsgesellschaft und die — ohne Interesse. Der Redner beantragte die Vermittlung an einen Ausschuss. Die Mehrheit der Versammlung lehnte diesen Antrag ab, worauf die Deutschnationalen, um die Sache auf alle Fälle zu verschleppen, eine zweite Vorlage beantragten, die erst in der nächsten Sitzung stattfinden kann. — Nachdem im März die

Verlegung der Versuchsanstalt für Luftfahrt

auf ein nahe der Großfeldweg Brigg gelegenes Gelände von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden war, hatte der Magistrat nach entsprechenden Verhandlungen eine neue Vorlage unterbreitet (mitgeteilt im „Vorwärts“ vom Sonntag), die der Versuchsanstalt Gelände westlich der Chaussee anweist.

Als Vertragskontrahent tritt nunmehr auch nicht mehr die Versuchsanstalt, sondern das Reich durch das Verkehrsministerium auf. Genosse Gutschmidt berichtete aus dem Ausschuss, daß die neue Vorlage wohl höhere Ausgaben verursahe, daß aber angenommen werde, daß auf dem neu anzumessenden Gelände die mit der Versuchsanstalt in Verbindung stehende Industrie bessere Anstellungsmöglichkeiten finden werde. Der Redner empfahl die Annahme der Vorlage. Die Deutschnationalen waren gegen die Vorlage und beantragten die Verlegung der Versuchsanstalt östlich der Chaussee, also in die Nähe der Großfeldweg, so wie es im März die Mehrheit der Versammlung, zu der auch die Sozialdemokraten gehörten, ablehnte. In der Aussprache erklärte Genosse Dr. Loewy die Zustimmung der Sozialdemokraten zu der Vorlage, während Stadtv. Deter (Komm.) meinte, die etwaige Umwanderung der Versuchsanstalt nach Stuttgart sei nicht so tragisch, da der in Frage kommende Kreis der Arbeiter nicht so groß sei (!). Pfarrer Koch von den Deutschnationalen nagelte Herrn Deter sofort auf diese Neuerung fest und tat so, als wenn die Deutschnationalen auch für die kleinste Arbeiterschaft einträte. Die Stadtverordneten Koch und Lange, letzterer von den Kommunisten, kratzten sich dann noch gegenseitig ein bißchen an, so daß erst nach 21 Uhr die Abstimmung vorgenommen werden konnte. Der Antrag der Deutschnationalen wurde gegen ihre Stimmen abgelehnt. Mit Mehrheit stimmte dann die Versammlung der Vorlage zu, so daß die Versuchsanstalt Gelände westlich der Chaussee angewiesen erhalten wird.

Studentenkravalle vor der Universität.

Parade der „Allgemeinen“ Studentenschaft.

Ueber unerhörte Vorgänge, die sich gestern in den Mittagsstunden vor der Berliner Universität abspielten, geht uns von einem Augenzeugen folgender Bericht zu:

Mittags um 1 Uhr begann auf dem Opernplatz die seit Tagen angekündigte politische Studentenerammlung mit Militärmusik und Parademärschen, die ein Lautsprecher von der Gramophonplatte der etwa 3000 Menschen umfassenen Versammlung übermittelte. Eine kleine Kommunistengruppe hatte sich mit ihren Fahnen nahe dem Lautsprecher aufgestellt. Als im Laufe der Versammlung der kommunistische Redner das Wort ergriff, bemächtigte sich der Versammlung eine starke Unruhe, die schließlich in Pfeifen und Töcheln ausartete, so daß der Redner abtreten mußte. Als die Kommunisten zum Protest die Internationale anstimmten, wurde von den zahlreich anwesenden Nationalsozialisten ein Kravall inszeniert, der sich bis ins Universitätsgebäude fortsetzte und dort zu groben Angriffen gegen kommunistische und auch gegen jüdische aussehende Studierende führte. Es bedurfte erst des nach geraumer Zeit erfolgenden polizeilichen Eingreifens, um den geradezu programmartigen Vorgängen ein Ende zu bereiten.

Aus Kreisen der sozialistischen Studentenbewegung werden die bedauerlichen Ereignisse und durch nachstehende Einzelheiten kommentiert: Nachdem die reaktionäre Mehrheit der preussischen Studentenschaften im vergangenen Winter das Fortbestehen einer studentischen Selbstverwaltung durch Ablehnung einer den verfassungsmäßigen Grundgesetzen entsprechenden Neuregelung ihrer Statuten abgelehnt hatte, blieb nur noch eine staatlich nicht anerkannte private politische Reinigung übrig, deren Berliner Ortsorganisation sich irreführenderweise den Titel „Allgemeine Studentenschaft“ beilegte. Diese sogenannte „allgemeine“ Studentenschaft veranstaltete zurzeit die Wahl einer Vertretung, die sie bemüht ist, gewissermaßen als offiziöse Studentenvertretung zu maskieren. In Wahrheit ist die gesamte nichtsozialistische Studentenschaft der Organisation nicht beigetreten, sondern findet zum größten Teile im „Deutschen Studentenverband“ ihre wirtschaftliche Vertretung, während in allgemeiner

politischen und kulturpolitischen Fragen zwischen den verschiedenen Gruppen der organisierten nichtsozialistischen Studentenschaft, deren stärkste Organisation heute mit rund 3500 Mitgliedern den Verband sozialistischer Studentengruppen Deutschlands und Österreichs darstellt, gleichfalls eine ständige Fühlungnahme und Zusammenarbeit von Fall zu Fall stattfindet.

Eine Ausnahme machen nur die Kommunisten, deren Häuflein sich, wie der „Vorwärts“ bereits früher berichtete, dem politischen Verein freiwillig angeschlossen hat. Sie konkurrieren mit den Schwerindustriellen und werden durch die Herren Hugenberg, Böglner und andere Kreise, die aus den traurigen Wiener Schlägereien fastsam bekannt sind, über Wasser gehalten. Doch das ist nicht immer leicht, haben die dupendweise gehäuft und bis in die allerletzte Zeit reichenden Affären bewiesen, die zeigen, in welcher weite Tiefen die Gelder der oft recht unfröhlichen Geldgeber (in Bayern und Württemberg wird der Verein noch offiziell anerkannt) geflossen sind. Wenn bei der diesmaligen Rundgebung die Kommunisten für ihre Mitarbeit eine wenig angenehme Rechnung präsentiert erhalten haben, so wird ihnen vielleicht diese allzu fröhlich quittierte Rechnung ein Denkzettel dafür sein, daß die Koalition mit politischen Kreisen, die schon einst Ruth Fischer propagierte, ihre gehörigen Schattenseiten hat. Mit welchen Leuten man es bei der Veranstaltung auf dem Opernplatz zu tun hatte, geht schon daraus hervor, daß einer der Hauptredner der von zahlreichen Hitler-Jüngern besuchten Versammlung ein einst recht bekannter deutschösterreichischer Hochschullehrer war, der auf den leiter italienischen Heimat gemäßen urteutonischen Namen Silvio Conti hört. Von diesem Herrn, dessen Demagogie älteren Semestern noch in heiterer Erinnerung ist und von anderen gleichwertigen Führern aufgepeitscht, haben die mehr oder weniger schmissigen Herren ihren kommentarwürdigen Reden auf die Straße getragen, und es ist fast zu bedauern, daß durch das Einschreiten der Polizei dem Spektakel ein schnelles Ende gemacht wurde. Mehrere solcher Freischaufführungen und jeder, der es noch nicht wußte, wird erlernen, welche Geister sich in der „Allgemeinen Studentenschaft“ zusammengefunden haben. Der Geist der Wissenschaft ist es bestimmt nicht, der sie erleuchtet. Dem werktätigen Deutschland und aller aufmerksamen Außenwelt aber gilt es, zu zeigen, daß die Herren vom Pankboden und vom Kleinfabrikantenstand nicht das ernste, arbeitsame und zukunftsstrebige junge Deutschland repräsentieren.

Die Bereinigung sozialdemokratischer Studierender, die es ablehnt, sich der allzu schlagenden Argumente ihrer Gegner zu bedienen, hat sich der Kabauseranstaltung ferngehalten und darauf beschränkt, in einem Flugblatt den Versammlungsteilnehmern in ruhiger und sachlicher Weise ihren ablehnenden Standpunkt deutlich darzutun.

Feuer bei der AEG.

Ueber 150 000 Mark Schaden.

Von einem Großfeuer wurde gestern die Tenacitfabrik der AEG in Hennigsdorf heimgesucht. Trotz sofortigen Eingreifens der Fabrikwehr brannte die Mischerei vollständig aus.

Das Feuer war erst bemerkt worden, als bereits ein Teil des langgestreckten Fabrikgebäudes lichterloh brannte. Die Flammen fanden an den leichtbrennbaren Materialien und flüchtigsten reiche Nahrung und dehnten sich auf die gesamte Mischerei aus. Die Fabrikwehr setzte sofort zahlreiche Schlauchleitungen in Tätigkeit. Es konnte jedoch nicht verhindert werden, daß das Feuer auch noch auf den Dachstuhl der angrenzenden Kautschukfabrik übergriff und diesen zum Teil vernichtete. Erst nach stundenlangen Löscharbeiten konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt. Der Schaden beträgt nach einer vorläufigen Schätzung etwa 150 000 Mark, ist aber durch Versicherung gedeckt. Eine Betriebsunterbrechung findet, wie uns von der Direktion der AEG mitgeteilt wird, nicht statt.

In den Spinnstoffwerken zu Schönau bei Zehlendorf entstand infolge Kurzschlusses in einer Schalttafel ein Kabelbrand. Die Feuerwehr löschte den Brand nach kurzer Zeit. Durch eine herporfliehende Stichflamme wurde der 24jährige Monteur Lehmann aus Stahnsdorf lebens-

32]

Jack London: Wolfsblut.

Dies Abenteuer erhöhte Wolfsbluts Selbstvertrauen und seinen Stolz. Festeren Schrittes ging er fortan unter den großen Hunden umher, seine ganze Haltung war nicht mehr demütig. Nicht daß er Streit suchte, aber er verlangte Achtung. Er wollte unbelästigt seines Weges gehen und vor keinem Hunde beiseite treten; kurz: man sollte Rücksicht auf ihn nehmen. Er wollte nicht mehr übersehen werden, wie es den jungen Hunden, selbst den Genossen seines Gespannes, erging. Sie drückten sich vor den großen zur Seite und gaben auch wohl notgedrungen ihren Anteil am Fleisch hin. Aber Wolfsblut, der ungeschicklich, einsam und verdrossen kaum nach rechts oder links blickte, wurde, fremd und zurückhaltend wie er war, von den erwachsenen Hunden als ihresgleichen behandelt. Nach wenigen erbitterten Zusammenstößen fanden sie es wünschenswert, ihn in Ruhe zu lassen und wagten weder feindselige Angriffe, noch freundschaftliche Annäherungen, und so tat er dasselbe.

Um die Sommermonatende erlebte Wolfsblut etwas Merkwürdiges. Als er laullos um einen neuen Bigwam strich, der am Ende des Dorfes aufgerichtet worden, während er mit den Jägern auf der Eichjagd gewesen war, stieß er plötzlich auf Rische. Er blieb stehen und blickte sie an. Er erinnerte sich ihrer, wenn auch dunkel, doch das war mehr, als man von ihr sagen konnte. Drohend wies sie mit dem wohlbekannten Knurren ihm die Zähne, und damit wurde die Erinnerung noch deutlicher. Seine vergessene Kindheit, alles, was mit diesem Knurren zusammenhing, kam ihm wieder in den Sinn. Bevor er die Menschen gekannt hatte, war sie für ihn der Mittelpunkt der Welt gewesen. Die alten, vertrauten Gefühle jener Zeit stiegen in ihm auf. Er verstand das nicht und zog sich verwirrt zurück.

Allein Rische war nicht zu tadeln. Eine Wölfin ist nicht so beschaffen, daß sie sich ihrer früheren Kinder erinnern sollte. Also war Wolfsblut für sie ein Fremder, ein Eindringling, und ihre jetzigen Jungen gaben ihr das Recht, seine Zudringlichkeit übel zu vermerken. Eines der Kleinen kam auf Wolfsblut zugewandert. Sie waren ja, ohne es zu wissen, Halbbrüder. Wolfsblut berach das Hündchen neugierig, worauf Rische auf ihn losprang und ihn abermals biß. Er wich weiter zurück. Die alten Erinnerungen lehrten wieder in die Gruft zurück, aus der sie erstanden waren. Er sah zu,

wie Rische das Junge leckte und dann und wann inne hielt, um ihn anzukurren. Sie war ihm nichts mehr, er hatte auch ohne sie fertig werden müssen. Was sie ihm gewesen, war dahin; in seinem Leben hatte sie keine Stelle mehr, noch er in dem ihrigen.

Er stand noch immer verblüfft da und wunderte sich, was das alles eigentlich bedeutete, als sie ihn zum dritten Male fortrieb. Er ließ es geschehen, war sie ja eine Hündin, die er nicht angreifen durfte. Er wußte nicht aus Erfahrung, daß es Gesetz sei, daß die Geschlechter sich nicht bekämpfen dürfen, aber ein geheimer Trieb sagte es ihm, ein Instinkt wie der, welcher ihn zwang, nachts den Mond und die Sterne anzuhäulen und den Tod und das Unbekannte zu fürchten.

Die Monate vergingen. Wolfsblut nahm an Stärke, Gewicht und Breite zu, und sein Charakter entwickelte sich nach dem Gesetz der Vererbung und dem der Umgebung. Was ihm angeboren, war gleichsam der Lehm, aus dem er geformt war, und dieser konnte in verschiedenen Formen geknetet werden, ihm aber besondere Gestalt zu geben, dazu diente die Umgebung. Wäre Wolfsblut nie zum Feuer der Menschen gekommen, so hätte die Wildnis einen echten Wolf aus ihm gemacht. Nun hatten die Menschen ihm eine andere Umgebung gegeben, und er war zum Hunde geworden, der zwar etwas Wolfisches hatte, aber immerhin mehr Hund als Wolf war.

Also nahm durch die Beschaffenheit seiner Natur und durch den Drang der Umstände sein Charakter immer bestimmtere Formen an. Dem war nicht abzuhelfen. Er wurde immer mürrischer, ungeschicklicher, einsamer, jähzorniger, und die Hunde sahen bald ein, daß es besser wäre, mit ihm in Frieden als im Streit zu leben, während der Graue Biber anfang, ihn von Tag zu Tag höher zu schätzen.

Nur eine Schwachheit konnte er nicht loswerden; er konnte es nicht vertragen, von den Menschen ausgelacht zu werden. Wachten sie unter sich über alles mögliche Lachen, das war ihm gleichgültig, nur nicht über ihn. Das machte ihn wütend. Ernst, würdevoll und düster wie er war, brachte das Gelächter ihn bis an den Rand der Tollheit. Es beleidigte und regte ihn so sehr auf, daß er noch stundenlang nachher sich wie ein Beseßener gebärdete. Wehe dem Hunde, der ihm alsdann in die Quere kam! An dem Grauen Biber, das wußte er, durfte er sich nicht rächen, der hatte einen Knüttel und seine höhere Macht hinter sich. Aber die Hunde

hatten das nicht, und so flohen sie, wenn Wolfsblut, durch das Gelächter toll gemacht, auf der Bildfläche erschien.

Im dritten Jahr seines Lebens brach über die Indianer am Madenzie eine Hungersnot herein. Im Sommer waren die Fische knapp gewesen, und im Winter verließen die Rentiere ihr gewöhnliches Standquartier. Die Uche wurden selten, die Kaninchen verschwand fast ganz, und die Raubtiere starben oder fielen übereinander her. Nur die Starken blieben am Leben. Die Indianer waren von jeher nur Jäger gewesen, also starben die Alten und Schwachen vor Hunger. Es war viel Jammer und Wehklagen im Dorfe, denn die Frauen und Kinder hungerten, damit das Wenige, was noch da war, den hageren, höhligen Männern zugute käme, die vergeblich in die Wälder auf Jagd auszogen. So groß war die Not, daß die Menschen das weiche Leder ihrer Mokassins und Handschuhe verzehrten, während die Hunde sich über die Riemen und selbst über Peitschenschnüre her machten. Auch fraßen die Hunde einander auf, und die Menschen aßen die Hunde. Die Schwächsten und Wertlosesten von ihnen wurden dann zuerst verzehrt. Die übriggebliebenen Hunde sahen das und verstanden es. Einige der kühnsten und klügsten verließen die Feuer der Lagers, das zur Schlachttank geworden war, und flohen in den Wald, wo sie jedoch entweder verhungerten oder von den Wölfen zerrissen wurden.

In dieser Zeit des Elends schlich auch Wolfsblut fort in die Wälder. Er war durch seine erste Kindheit besser als die andern Hunde für dies Leben vorbereitet. Er war besonders geschickt, die kleinen Lebewesen zu überfallen. Er pflegte stundenlang im Verborgenen zu liegen, um jede Bewegung eines argwöhnischen Eichhörnchens mit einer Geduld zu verfolgen, die nur mit dem ihn peinigenden Hunger sich messen konnte. Selbst wenn das Eichhörnchen sich auf den Boden wagte, war Wolfsblut noch nicht vorzeitig, sondern er wartete, bis jenem der Rückzug auf einen Baum abgeschnitten war. Dann erst sprang er wie ein Biß auf seinem Bersted hervor und verfehlte auch nie das Ziel.

So viel Erfolg er auch mit diesen Tierchen hatte, so war es doch nicht zum Sattwerden, denn es waren ihrer zu wenige da. Also stellte er nach kleineren Tieren nach. Sein Hunger war so groß, daß er es nicht verschmähte, die Waldmäuse aus ihren Löchern im Boden auszugraben, ebenso wie er es auch nicht unter seiner Würde hielt, mit irgendetwem hungrigen Wiesel, das noch blutdürstiger als er selber war, zu kämpfen. (Fortsetzung folgt.)

Worin unterscheidet sich
die beste Cigarette
von einer guten Cigarette?

Durch die Sicherheit der Halt-
barkeit nach aerometrischer
Kontrolle

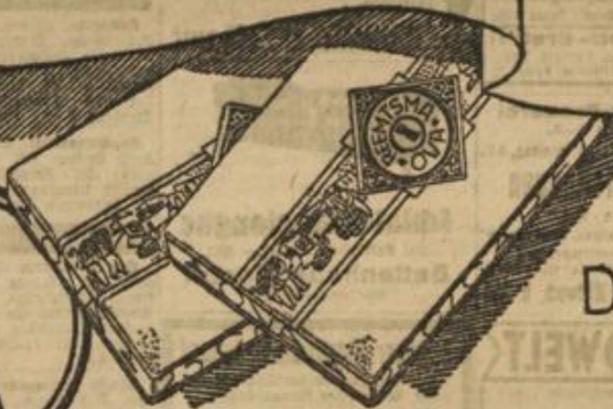
Durch die Duftentwicklung
in klimatischen Anlagen

Durch die Geschmacksharmo-
nie der besseren Vermischung

Durch das feinere Aroma der
edleren Tabake

Durch die bessere Bekömm-
lichkeit wegen grösserer Ma-
terialreinheit

Durch die garantierte Gleich-
mässigkeit der veröffentlich-
ten Rezepte



Das sind die Vorzüge der

**REEMTSMA
CIGARETTEN**

OVA

im
Araberformat

5 Pf.

Kleinigkeiten.

Von Edmund Kaden.

Wer mit offenen Augen durch den Alltag des Lebens geht, sieht oft in Kleinigkeiten die Kennzeichen tiefer Hintergründe. Symptome von Erscheinungen und Bewegungen, die plötzlich wie von einem großen Blitzstrahl getroffen ins Auge springen und es verdienen, festgehalten zu werden.

Vor einigen Wochen führten die Kohlenhändler von Bad Godesberg einen Film vor, der die Gewinnung und Verarbeitung der Ruhrkohle in sehr anschaulicher Weise zeigte. Unter anderem auch Aufnahmen von der Arbeit „vor Ort“. Ein ausgemergelter, halbnaakter Arbeiter kommt dabei in den Vordergrund des Bildes, und der Erklärer des Films unterbricht seine rein technischen Erörterungen mit den Worten „Beachten Sie bitte die Brust des Arbeiters, er trägt das Bildnis des ehemaligen Kaiserpaars in die Haut eingezichnet“. Ich habe die Bilder der „hohen Herrschaften“ nicht erkennen können, aber es ging mir die symbolische Bedeutung der Szene blühartig auf. Wieviele Proletarier gibt es noch immer, die Erinnerungen an die „gute alte Zeit“ nur allzu sichtbar herumtragen? Wieviele Arbeiter haben Arme und Beine, Gesundheit und Arbeitskraft für das System geopfert, dessen Vertreter „das ehemalige Kaiserpaar“ gewesen ist? Und wie viele Proletarier sind nicht so verblendet, trotz aller Not und allen Elends, das sich dessen rühmen und sich auch am liebsten noch zur Schau stellen mit ihren „glorreichen“ Erinnerungen, anstatt das neue Reich zu bauen, anstatt die neue Freiheit zu schaffen, anstatt zu kämpfen für die Zukunft des Sozialismus!

Wissen Sie, was Sperrfeuer ist? Wer einmal darin war, in der Hölle, die der Frontsoldat so nannte, und wer dann das Glück hatte, mit dem Leben davon zu kommen, der weiß was „Sperrfeuer“ ist. Sperrfeuer ist aber auch noch etwas anderes, wenigstens für eine rheinische Schnapsbrennerei; die nennt nämlich so einen ihrer Schnapsel. Und der biedere Spießbürger denkt mit der alles hinterher so verkäuflichen romantischen Gefühlswelt an die „große Zeit“ und schütet sich einen hinter die Binde! Sperrfeuer! Wenn die „große Zeit“ nochmals käme, würden sie sie ebenso begeistert wieder mitmachen wie 1914, denn wenn eine geschäftstüchtige Firma mit dieser Geschmackslosigkeit noch Reklame machen kann, dann haben ihre Kunden jetzt schon vergessen, wie ihnen damals im „Sperrfeuer“ der Tod auf den Fersen sah.

Wer kennt nicht die materiellen Produkte junger Bengels, die ihre politische Unreife durch Anpinseln von Hakenkreuzen an allen möglichen Stellen betonen? Auf einem Ausflugsort in der Nähe von Koblenz fand ich in einem gewissen, nur Herren zugänglichen Lokal, neben anderen sinnigen Sprüchen und Malereien auch ein riesiges Hakenkreuz, das mit wahrer Liebe und Genauigkeit auf die weiße Wand gezeichnet war. Darunter aber hatte ein schlafertüchtiger Mann mit sicherer Hand die kurzen Worte gesetzt: „Alles an diesem Tag!“

Daß die Generalanzeiger-Presse im Grunde reaktionär eingestellt ist, vermag manches Blatt dieser Art seinem politisch ungebildeten Leserkreis geschickt zu verbergen. Manchmal kommt aber doch der Widerstoß heraus. So schrieb zum Beispiel der Generalanzeiger für Bonn und Umgegend anlässlich der Auflösung des Reichstags, daß auf den Berliner Bahnhöfen eine Unmenge von Erster-Klasse-Wagen bereit ständen, weil in einem früheren Falle die in die Ferien reisenden Abgeordneten Standaßzügen verurteilt hätten, da nicht genügend Abteile erster Klasse zur Verfügung standen. So wird langsam, tropfenweise das reaktionäre Gift den ohnungslosen Abonnenten eingesöselt und so versucht man Schritt für Schritt gegen den Parlamentarismus und die Demokratie Stimmung zu machen.

Roch etwas zu dem Thema „Generalanzeiger“. Vor einiger Zeit fiel mir zufällig bei einer Ferienreise eine Nummer der „Reinländer Zeitung“ in die Hände. Darin stand unter anderem die offenbar an alle Tageszeitungen versandte Zuschrift eines Bundes für Volkshygiene, in der vor allzu übertriebenem Genuß von Süßigkeiten, zu schweren Missetaten usw., gewarnt wurde. Dieselbe Zuschrift fand ich bald darauf in der „Rheinischen Warte“, dem Koblenzer Arbeiterblatt. Und hierin stand noch ein weiterer Absatz, der auch vor den Gefahren übermäßigen Alkoholgenusses warnte. Den Absatz hatte das bürgerliche Blatt seinen Lesern unterschlagen. Warum? Ein Blick in den Anzeigenteil zeigte den Grund deutlich genug!

Fraulein, bitte Dampfer „Columbus“!

Das Telephon auf dem Ozeandampfer.

Wenn man von Berlin nach New York, von Berlin nach Buenos Aires oder nach Tokio telegraphieren kann, so ist das Telephongespräch mit dem auf der Fahrt befindlichen Ozeandampfer natürlich kein wissenschaftliches Problem mehr, sondern höchstens noch ein Problem der technischen Durchführung. Die Verbindung von den Versuch der Reichspost, einen Telephonverkehr mit den Ozeandampfern einzurichten, kann deshalb keineswegs überraschen. Unsere Ozeandampfer besitzen, wie ja zum Teil schon unsere Flugzeuge, nämlich Funkeinrichtungen, die ihnen eine Verbindung mit dem Festlande oder untereinander, oder auch vom Flugzeug zum Dampfer und umgekehrt ermöglichen. Schon seit längerer Zeit wird dieser Funkverkehr teilweise als richtiger Fernsprechverkehr durchgeführt. Also nicht mit Morsealphabeten, sondern durch direkte Übertragung der menschlichen Stimme. Die Haupt Schwierigkeit bestand bisher nur noch darin, daß der Aktionsradius der Sendestationen, die auf den Schiffen vorhanden waren, nicht groß genug war, um einen regelmäßigen Fernsprechverkehr auf drahtlosem Wege zu ermöglichen. Auch die an der Küste gelegenen Ausnahmestationen waren bisher auf einen solchen regelmäßigen Telephonverkehr nicht eingerichtet, erst die Einführung der kurzen Wellen, die wir vor allem dem Grafen Arco verdanken, und die eine genaue Fernsteuerung der Wellen gestatten, haben einen Fortschritt ermöglicht. Die Reichspost hat mit verschiedenen Ozeandampfern Versuche zur Übermittlung von Telephongesprächen zwischen dem Festlande und dem Dampfer vorgenommen, die einen vollen Erfolg gezeigt haben. Besonders wurden mit dem Dampfer „Columbus“ vom Norddeutschen Lloyd solche Versuche gemacht, wobei telephonische Unterhaltungen nicht nur von dem Schiff zum Festlande, sondern auch von Schiff zu Schiff vorgenommen wurden. Dabei ergab sich selbst auf eine Entfernung von 4000 Kilometern eine ausgezeichnete telephonische Verständigung. Da diese zwar sehr große Entfernung, die aber doch dem Seeweg der

Graf de Galas Krankheit.

Von Gösta Segerranz.

Wenn man vom Opernplatz in Paris nach links abbiegt und in die viel belebte Rue de la Paix eintritt, bleibt man bald ganz bezaubert vor der Firma Lalique mit ihrer großen Auslage von Perlen und Juwelen stehen. Es tut einem fast weh in den Augen von all den funkelnenden Schätzen, die dem Fremden auf dem grauen Samt entgegenstrahlen. Smaragde, grün wie Kaugaugen, Rubinen, die an Blutstropfen erinnern, nachschwarze Onyxsteine mit Brillanten — man fängt wohl gleichzeitig einen Blick aus lachenden Mädchenaugen auf und zieht unwillkürlich einen Vergleich — Diamanten, klar wie Wassertropfen — all das findet sich im Schaufenster der Maison Lalique. Nicht aber sieht man die modernen Sicherheitsvorrichtungen im Laden und außerhalb. Du siehst nicht, daß die Pfostensteine, auf denen du siehst, bei einem leisen Druck auf einen Knopf unter dem Boden plötzlich unter deinen Füßen verschwinden können, wobei du selbst unversehens in eine vergitterte Grube hinabfällst und wie der Fuchs in der Falle gefangen bist. Auch wäre es nicht ratlos, bei den Glasschaukästen einen Eingriffsvorstoß zu machen — zehnfache geniale Sicherungen warten begehrtlich auf die Herren Juwelendiebe.

All das mußte Graf Raoul de Sala und deshalb bediente er sich der List und nicht der Gewalt. Vor kurzem geschah folgendes.

Eines Tages um 2 Uhr nachmittags, als der Verkehr auf der Straße der Juwelen und Moden wie ein aufgewühltes Meer brauste, saute eine elegante Limousine am Hause Lalique vor. Der Chef wirft einen Blick durchs Fenster und beobachtet, wie ein junger Gentleman in untadeligem Prince-of-Wales-Dreh — hellen Samtschuh, Monotel — aus dem Kupon steigt. Der distinguierte junge Mann studiert einige Sekunden lang die Schätze des Schaufensters, dann nähert er sich der Tür des Juwelierladens; auf einen Wink von M. Lalique fliegt sie auf.

Er wird von der jüngsten und schönsten Verkäuferin des Hauses empfangen — M. Lalique weiß aus Erfahrung, daß die jungen Pariser Bonbons bedeutend lieber ihre Geldtasche öffnen, wenn sie von Mademoiselle Yvonne bedient werden.

Monsieur wünscht? Monsieur läßt sich blasieren in einen Fauteuil sinken. Mit müder Geste streckt er die eine Hand nach Mademoiselle aus.

Mein Manschettenknopf ist entzwei gegangen. Ich möchte... schon ein Paär herausgezogen, die teuersten Knöpfe werden vor ihm ausgebreitet.

Monsieur lacht — ein Lachen, das ebenso müde ist wie seine ganze Erscheinung.

Bähen Sie selbst, Bitte, sagt er und kneift Yvonne scherzhaft ins Ohrklappchen.

Mademoiselle zeigt ihm das teuerste Paar — 6000 Franken — kleine Perlen in Platin — Monsieur nickt, und die junge Verkäuferin befreit ihn mit leisen streichelnden Handbewegungen von dem „ranken“ Knopf und steckt die neuen Knöpfe ein. Voilà, monsieur! Ihr Mund ist kirchrot, lockend, halb offen.

Merci, mademoiselle. Monsieur erhebt sich vom Stuhl — lassen Sie bitte die alten reparieren, vielleicht kann ich sie morgen holen, wenn ich vorbeifahre? Lieberwollen — bien! Er zieht das Taschentuch heraus, Mademoiselle und M. Lalique, dieser heimlich beobachtet, daß es mit Tausend-Franken-Scheinen gespickt ist, und dann bezahlt Monsieur die 6000 und legt eine Bistrentarte auf den Tisch:

Le comte Raoul de Sala,
114 Champs Elysées

Yvannes Lachen wird noch süßer, M. Laliques Rücken noch krummer.

Danke, Herr Graf! Tausend Dank Herr Graf. Sollen wir Ihnen die Knöpfe wirklich nicht ins Haus schicken? — So ja — au revoir, monsieur le comte.

Der Graf tritt durch eine Flut von Lachen und Verbeugungen auf die Straße. Das wappengeschmückte Auto verfährt.

Zwei Stunden später hält eine harmlose Viktoria, mit zwei schneidigen Holblut-Berbern bespannt, vor der Maison Lalique. Der Diener auf dem Bod springt herab und hilft ehrerbietig einer alten weißhaarigen Dame aus dem Wagen. Auf einen Obenholtschloß gestützt, tritt sie in den Laden.

In höchster Erregung bittet sie, den Chef der Firma sprechen zu dürfen — unter vier Augen! Monsieur Lalique bittet sie ebenso höflich wie neugierig, in ein Privatzimmer zu treten. Hier wirft sich die alte Dame in einen Stuhl, sie sieht aus, als könnte sie jeden Augenblick einen hysterischen Anfall bekommen — M. Lalique

Mingelt noch Riefstolz — endlich kommt sie mit ihrem Anliegen heraus:

Was hat er gestohlen? — O, Monsieur, mein Sohn — Graf de Sala — ich weiß, er war um 2 Uhr hier, nahm er etwas mit? Ich bin die Gräfin de Sala, seine unglückliche Mutter. Wissen Sie, Monsieur, mein Sohn leidet an Kleptomanie — unheilbarer Kleptomanie.

M. Lalique stürzt in den Boden. Zusammen mit seiner ersten Kraft stellt er eine peinliche Untersuchung an. Nein — nichts fehlt — leidet er, denkt der Juwelier.

Die Gräfin verneigt sich — Gott sei Dank! — aber wenn — falls der junge Graf Mittwoch wiederkommt, wenn er dann etwas nehmen sollte, so möchte doch M. Lalique um des Himmels willen keinen Skandal erregen; sie, die Mutter, Gräfin de Sala, würde natürlich gern sofort alles ersehen, was sich der Graf Raoul unter Umständen aneignen würde! — Monsieur Lalique lächelt. Er versteht den Fall sehr gut — wer kennt nicht das Vermögen der Familie de Sala — denkt er.

O, Sie ahnen nicht, wie durchtrieben mein Sohn ist, erklärte die Gräfin, er ist geschickter als — als — sie schluckt; können Sie sich das denken, Monsieur, seine Kleptomanie ist vollkommen sinnlos; gestern nahm er bei einem Dinner ein Paar silberne Gabeln — und vor einigen Tagen verbrannte er den neuen Hut seiner Verlobten — ganz sinnlos, Monsieur — und leider unheilbar —

Der Juwelier tröstet sie nach bestem Vermögen, begleitet sie auf den Fußsteig, versichert, daß Sie nichts zu befürchten brauchen —

Am Mittwoch herrscht große Spannung in dem eleganten Juwelierladen. Am Tage vorher hat Monsieur Lalique die wertvollsten Kunststoffe über Mutter und Sohn de Sala eingezogen. Und das Auskunftsbureau hat ihm mitgeteilt, daß die Mutter den Palast an den Champs Elysées besitzt, außerdem drei Schlösser in der Provinz und ein Vermögen — o la la! Monsieur Lalique hat den Empfang des Grafen Raoul schon vorbereitet, und eine Kollektion der teuersten Schmuckstücke liegt zur Hand. Daß die Bedienung, das heißt die erste Kraft und Mademoiselle Yvonne instruiert sind, versteht sich von selbst. Monsieur Lalique reißt sich die Hände — möchte der junge Graf jetzt nur ordentlich zugreifen! denkt er.

Kurz vor 5 Uhr langt Graf de Sala an. Im selben Auto wie zuletzt. Und zusammen mit ihm tritt eine junge begabende Dame in den Laden. Ronchalant sinken sie beide in die violetten Fauteuils. Nachdem der Graf die reparierten Manschettenknöpfe eingesteckt hat, wünscht er einige Colliers anzusehen. Er möchte seiner Verlobten ein Geschenk machen; heute sei ihr Geburtstag. M. Lalique frohst; und legt die teuersten Perlenhalsbänder vor, die das Haus besitzt. Schließlich entscheidet sich der Graf für eine Kette matter Perlen im Werte von 450.000 Franken. Die Braut steckt das Civil in ihre Tasche, und Graf Raoul de Sala schreibt einen Scheck auf den Betrag aus. M. Lalique ist im siebenten Himmel. Er hat sich schon gestern telephonisch vergewissert, daß M. le comte ein Konto von 4 Millionen im Crédit Lyonnais hat — und der Scheck trägt auch den Namen dieser Bank.

Das junge Paar geht, blasieren, mit herablassendem Riden. Es ist doch verflucht schade, daß er nichts geklemmt hat! sagte der Juwelier zu seinem ersten Verkäufer.

Nichts geklemmt! brach dieser erstaunt aus. Gewiß hat er das! haben Sie denn nicht gesehen, M. Lalique, daß er übrigens sehr geschickt, ein Zigarettenetui aus Gold aus dem Glaskasten dort kleptomantier!

Wirklich! Sie haben doch schärfere Augen als ich, Albert. Ich möchte doch dieser Bagatelle wegen nicht die Mutter beklagen — nicht wahr, Albert — wir verdienen doch 200.000 am Collier — und dann — — übrigens tut mir die alte Dame leid — sie sah sehr fein und vornehm aus. — —

Leider sind wir nicht im Laden der Maison Lalique gewesen, als der Anhaber am nächsten Vormittag erwiderte, daß der Scheck auf die 450.000 Franken gestrichelt war! In den Champs Elysées 14 ergrüßte freilich eine feinstreiche Gräfin de Sala mit ihrem Sohn, aber sie selbst behandelte sich an der Riviera und der Graf Raoul hatte niemals an Kleptomanie gelitten, er machte gerade eine Fuchsjagd in Schottland mit, und sein Namenszug hatte eine ganz anders aussehende Schnörkel und zwei Punkte als der des kaffischen Grafen de Sala oder des Herrn, der eines Tages im März den berühmten Juwelier mit seinem Besuch beehrte.

(Autorisierte Uebersetzung von Heinrich Seidel.)

meisten Ozeandampfer noch nicht voll entspricht, für eine ständige Telephonverbindung für die Dauer der ganzen Fahrt noch nicht ausreicht, so wird man die Stationen entsprechend verstärken. Etwas 30 Ozeandampfer sind heute mit solchen Sendestationen für Telephongespräche ausgerüstet. Die Reichspost beschäftigt sich zurzeit in der Hauptsache noch mit der weiteren Ausbildung der Empfangsstationen auf den Küsten, wozu allerdings noch eine gewisse Zeit notwendig sein wird.

Die Schiffe untereinander verständigen sich heute längst telephonisch. Auch unsere Flugzeuge üben, soweit sie mit Funkeinrichtungen versehen sind, die Praxis des Telephonverkehrs untereinander und mit den meteorologischen Stationen. Allerdings erklären die Funker auf den Flugzeugen immer wieder, daß ihnen die Sendung von Morsezeichen angenehmer ist, als das Telephongespräch. Die geringe Modulationsfähigkeit der menschlichen Stimme erschwert bei dem starken Motorengeräusch die Verständigung, während die rhythmischen Zeichen des Morsealphabetes ungleich leichter verstanden werden.

Der Verkehr vom Schiff bis zur Küstenstation funktioniert schon heute ohne jede Schwierigkeit. Das Hauptproblem liegt in der Ueberleitung des drahtlosen Telephongesprächs auf das Ortsnetz, kurzum, die Schwierigkeiten sind genau dieselben, die beim Telephongespräch zwischen London—New York und Berlin—Buenos-Aires bestehen. Bisher ist diese Apparatur noch außerordentlich umständlich, da die Empfangsstation mit der Sendestation nicht identisch sein kann, und das Telephongespräch infolgedessen für längere Zeit immer nur ein einseitiges ist, bis dann eine komplizierte Umgestaltung des Gegengesprächs ermöglicht. Zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten werden zurzeit an den Küsten besondere Stationen errichtet, die in der Hauptsache dem Verkehr mit den Ozeandampfern dienen sollen. Diese Stationen werden eine automatische und schnelle Umgestaltung ermöglichen, so daß das Gespräch ohne Störungen und Verzögerungen durchgeführt werden kann. Nach den bisherigen Berechnungen des Reichspostministers werden die Kosten für ein Drei-Minuten-Gespräch

mit einem auf hoher See befindlichen Ozeandampfer etwa 20 Mark betragen. Es werden noch manche Versuche und Abänderungen notwendig sein, bis auch dieser Telephonverkehr reibungslos funktioniert. Die Reichspost hat deshalb einen besonderen Dampfer „Hägen“ in Dienst gestellt, der zu Versuchen der telephonischen Uebermittlung zwischen den Küstenstationen und dem Schiffe dient. Man hofft, daß es im Laufe des Jahres gelingen wird, den Ausbau des Systems soweit zu fördern, daß etwa Ende dieses Jahres die Aufnahme eines regelmäßigen Telephonverkehrs mit den deutschen Dampferlinien erfolgen kann.

Dr. R. B.

Wieviel Radium wird gewonnen? Produktionen, die mit Hundertausenden von Tonnen rechnen, sind nicht selten. Eine gewisse Verwunderung erweckt aber sicher eine Produktion, die nur wenige hundert Gramm beträgt. Diese erstaunlich geringe Produktion weist das Radium auf. In zwanzig Jahren, von 1900 bis 1920, wurden gerade 100 Gramm des seltenen Stoffes gewonnen. Auf das Jahr entfielen also im Durchschnitt 10 Gramm, und wenn auch in den letzten Jahren die Erzeugung wesentlich zugenommen haben soll, wie Sachverständige versichern, so dürfte diese Zunahme bestimmt nur wenige, vielleicht nicht einmal ein Gramm für das Jahr betragen. Der Hauptanteil an der zwanzigjährigen Produktion von 200 Gramm entfällt auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Sie produzierten nämlich nicht weniger als 80 Proz. von diesen 200 Gramm, also 160 Gramm. An zweiter Stelle steht die Tschechoslowakei mit 25 Gramm und an dritter Stelle Portugal mit 10 Gramm. Eine Produktion von 3 Gramm entfällt auf Großbritannien. Die restlichen 2 Gramm kommen auf die übrigen Länder. In ihnen ist auch der Anteil, der auf Deutschland entfällt, enthalten. Man sieht daraus, wie gering er ist. Allerdings besitzt Deutschland in Sachsen einige bedeutende Radiumfundstellen, so in Brambach im oberen Vogtland und in Oberstreu im westlichen Erzgebirge, deren Ausbeute erst in den Anfangsstadien liegt.

Konjunkturstillstand — Konjunkturpolitik.

Die Diagnose der Wirtschaftslage — die Prognose der Wirtschaftspolitik!

Das Institut für Konjunkturforschung legt jetzt einen neuen Vierteljahrsbericht vor, der die Entwicklung der Wirtschaftslage bis zum April dieses Jahres behandelt. Das Institut kommt zusammenfassend zu dem Ergebnis, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage zwar durch die jahreszeitlich übliche Besserung, die immer in den Frühjahrsmonaten einzutreten pflegt, im ganzen nach günstig ist, daß aber die Aufwärtsbewegung der Konjunktur, die noch fast bis zur Jahreswende trotz mancher Anzeichen eines bevorstehenden Umschwungs festzustellen war, vorläufig ihr Ende erreicht hat. Für die Zukunft sei nicht mit einer nennenswerten Besserung zu rechnen; wohl aber bestehe die Möglichkeit, daß sich ein schärferer Rückschlag vermeiden lasse.

Am Einklang mit den bisher von dem Institut angewandten Untersuchungsmethoden steht es, daß auch diesmal wiederum zwar die tatsächliche Entwicklung in ihrem Ablauf geschildert, aber über die Gründe der Entwicklung nichts ausgesagt wird, soweit sich dies überhaupt vermeiden läßt. Als wichtigster Grund der jetzigen Eindeutigkeit werden die übertriebenen optimistischen Dispositionen des Handels angeführt, der die Abnahmefähigkeiten überschätzt und daher übermäßige Lagerbestände angelegt habe. Der Abbau dieser Bestände und eine wiederum leicht übertriebene Korrektur des bisherigen Optimismus führe zu einem Rückgang der Bestellungen des Handels bei der Industrie und damit zu einer Verminderung des industriellen Beschäftigungsgrades, die nur zu einem Teil durch die Ausfuhrsteigerung kompensiert werden könne.

Außerdem betont das Institut mit besonderem Nachdruck die im Verhältnis zum Vorjahr geringere Belegung des Baumarktes, die es zurecht auf Finanzierungsschwierigkeiten zurückführt. Damit berührt es den Kernpunkt des Problems der deutschen Konjunkturpolitik, ohne natürlich offen auszusprechen, worum es sich eigentlich handelt.

Die Finanzierungsschwierigkeiten am Baumarkt haben eine einzige deutlich erkennbare und unbefriedigbare Ursache. Die an dieser Stelle oft genug kritisierte

Politik des Reichsbankpräsidenten.

Die gegenwärtige Regierung sich schließlich voll und ganz zu eigen gemacht hat, hat es verhindert, daß dem Baumarkt im vorigen und in diesem Jahr die notwendigen langfristigen Mittel aus dem Ausland zugeführt wurden, hat ferner dazu geführt, daß die Bauwirtschaft auf einer höchst unsicheren Kreditgrundlage finanziert wurde und daß jetzt, wo niemand mehr Lust hat, immer weiter Bauvorhaben mit kurzfristigen Krediten zu finanzieren, die Bauindustrie um etwa 10 Proz. hinter der des Vorjahres zurückbleibt.

Wie ein roter Faden zieht sich durch den ganzen Vierteljahrsbericht, soweit er die allgemeinen Grundlagen der gegenwärtigen Konjunktur behandelt, der Hinweis auf die Vorgänge am Geld- und Kapitalmarkt, die das Institut für Konjunkturforschung als gegebene Tatsachen behandelt, wonach es längst deutlich ist, daß sie zu einem großen Teil nur der Ausdruck einer launischen, unwillkürlichen und wirtschaftsfeindlichen persönlichen Politik des jetzigen Reichsbankpräsidenten sind.

Seiner geht aber die „Objektivität“ des Konjunkturinstituts gelegentlich auch soweit, daß die Bedeutung der „Anleihepolitik“ Dr. Schachts für die wirtschaftliche Entwicklung völlig verkannt wird. Dies gilt insbesondere von der folgenden Behauptung: „Der Zufluß von ausländischen Krediten hat die deutsche Konjunktur dagegen nicht entscheidend beeinflusst, wenn auch eine gewisse Einwirkung nicht zu verkennen ist. Daher ist es auch anzunehmen, daß dieser Zufluß, wie er gegenwärtig zu beobachten ist, der deutschen Wirtschaft zwar eine gewisse Erleichterung bringt, aber doch keine entscheidende Entspannung.“ Mit der Substanzlosigkeit zwischen „entscheidenden“ und „gewissen“ Wirkungen, deren theoretischer Wert uns nicht recht verständlich ist und mit der wir nicht viel anfangen können, will das Institut wohl nur die Unsicherheit des eigenen Urteils zum Ausdruck bringen. Aber der Kern dieser Sätze ist falsch. Dem völligen Stöken der Zufuhr von Auslandskrediten in der Mitte des Jahres 1925 folgte die schwere Krise von 1925/26. Als dann ein reichlicher Zufluß von Auslandsmitteln 1926 erfolgt war, begann der neue große Wirtschaftsaufschwung des Vorjahres. Dem neuen Kreditboom, den Schacht und Barter Gilbert im Herbst vorigen Jahres über die

deutsche Wirtschaft verhängten — der eine mit der Bochumer Rede, der andere mit seinem Brief an den Reichsfinanzminister —, folgt das Ende des Konjunkturanstiegs, der jetzt zur Stagnation geführt hat. Die

künstliche Verknapfung der Kapitalversorgung Deutschlands ist bisher immer von größtem Einfluß auf die deutsche Konjunktur

gewesen. Aber das Institut für Konjunkturforschung hat wiederum Recht, wenn es behauptet, daß der gegenwärtige Zufluß von Auslandskapital keine entscheidende Entspannung bringen kann. Dies liegt aber nicht daran, daß der Zufluß von Auslandskapital nicht anregend auf die Konjunktur wirkt, sondern es hat seinen Grund darin, daß der Zufluß von Auslandskapital kein stetiger, dem wirtschaftlichen Bedarf sich anpassender ist, sondern von der Willkür eines Mannes abhängt, so daß eben psychologisch die entspannende Wirkung für die Wirtschaft, die sich sonst aus reichlicher Kapitalversorgung ergeben würde, nicht eintreten kann. Wie ein Damokleschwert hängt die Kreditdiktatur des Reichsbankpräsidenten über der deutschen Wirtschaft und lähmt ihren Aufstieg, weil jedermann befürchten muß, daß es plötzlich und unerwartet vernichtend niederfallen könnte.

In anderer Stelle findet sich der gleiche Wert, daß Fehler der Kreditpolitik sozusagen automatisch eintreten und natürliche Entwicklungssymptome seien. Das Institut glaubt als normal feststellen zu können, daß bei rückgängigem Privatbankkredit der Notenbankkredit steigen und bei steigendem Notenbankkredit der Privatbankkredit sinken müßte.

Tatsächlich ist diese „Regel“ eine Folge falscher Notenbankpolitik.

Ist der Notenbankkredit niedrig, so zeigt sich, daß die Reichsbank immer stärker, die Privatbanken immer weniger in Anspruch genommen werden. Ist der Notenbankkredit zu hoch, so geht der Notenbankkredit zurück und der Privatbankkredit steigt.

Der erste Fall war im Vorjahr gegeben, als Dr. Schacht, aus Angst, die Reichsbank könne nicht genug verdienen, den Notenbankkredit viel zu lange auf 3 Proz. festhielt, während dieser Satz dem Markt längst nicht mehr entsprach. Da war es für jedermann wie in der Inflation verlockend, auf den Notenbankkredit zurückzugreifen. Der zweite Fall ist heute gegeben. Die Reichsbank drängt dem Markt soviel Reichsbanknoten wie irgend möglich auf, damit die Zinsfälle des freien Marktes nicht ihrer Tendenz entsprechend tief unter den Notenbankfuß sinken und sie nicht zu einer Diskontierung zu schreiten braucht. Im Vorjahr ergab sich daraus eine überflüssige Anregung der Spekulation, die man dann mit völlig verkehrten Mitteln abzubauen suchte. In diesem Jahre ergibt sich umgekehrt eine Dröselung der Konjunktur, die ohne schweren Schaden nicht mehr lange fortgesetzt werden darf. Das Institut für Konjunkturforschung aber registriert die Fehler der Notenbankpolitik als normal, weil sie auch in der Vorkriegszeit schon üblich waren, und veripert damit seinen Lesern den Ausblick auf wichtige Ursachen der Konjunkturpolitik.

Die Mängel der Theorie des Konjunkturinstituts sind für die Arbeiterschaft von besonderer Bedeutung. Denn seine Untersuchungen versagen gerade dort, wo der Gegensatz zwischen der Konjunkturpolitik der bisherigen und der neuen Regierung wahrscheinlich am deutlichsten sein wird. Die Regierung des Bürgerblocks hat die Anleihepolitik Dr. Schachts gebildet und unterstützt. Ostpreußen war noch vor kurzem ihr letztes Opfer. Sie hat in den letzten Monaten seine Politik der Kreditverknapfung dadurch gefördert, daß sie ohne Bedacht an flüssigen Mitteln und unter finanzieller Belastung der Reichskasse zur Verknapfung des Geldmarktes der Reichsbank Schachtwort des Reichs in Höhe von etwa 150 Mill. Mark zur Verfügung gestellt hat. Sie hat ihre Einwilligung dazu gegeben, daß dem deutschen Baugewerbe der Zufluß ausländischen Kapitals abgeschnitten wurde. Will man Deutschland nicht einer neuen Krise mit Arbeitslosigkeit und Massenelend entgegenstellen lassen, so muß alles getan werden, um von der unheilvollen Tradition der letzten Jahre, in denen Dr. Schacht zum einflussreichsten Wirtschaftspolitiker Deutschlands geworden ist, loszukommen. Die deutsche Arbeiterschaft muß eine Anleihepolitik und eine Kreditpolitik fordern, deren Ziel die mögliche Verbilligung, nicht die künstliche Verknapfung des Kredits ist.

daß ein nennenswerter Einbruch in das Kapital erfolgte, obwohl alle drei Werke in den letzten Jahren unrentabel gearbeitet hatten, und bei Fusionen erhaltungsgemäß hohe Sonderabzüge eingenommen auf die Wertanlagen erforderlich werden. Es kommt noch hinzu, daß auch sämtliche Maschinenbetriebe von Vinkel-Hofmann und Busch in das neue Unternehmen mit übernommen werden, und daß der bedeutende Lokomotivbau in Breslau für Vinkel-Hofmann schon seit Jahren ein schwerer Stein am Bein ist. Inwiefern die neue Gesellschaft durch ihre Kapitalpolitik sich ihre künftige Rentabilität selbst beschlitten hat, muß das erste volle Betriebsjahr lehren.

Eine Lebensfrage für die Arbeiter und Angestellten der drei verschmolzenen Werke ist die künftige Organisation der Betriebe. Natürlich wurde auf allen drei Generalsammlungen dieser wichtige Punkt nicht berührt, da ja hier auch nur Interessen der Belegschaften und nicht der Aktionäre auf dem Spiele stehen. Da nicht anzunehmen ist, daß nach der Fusion alle drei Werke in ihren Waggon- und Maschinenbetrieben in derselben Form wie bisher nebeneinander weiterarbeiten werden, so liegt es auf der Hand, daß Betriebs- und Bureau-Zusammenlegungen erfolgen müssen und durch die Umstellung an der einen und anderen Stelle Arbeitskräfte freigesetzt werden. Es ist sicher, daß die Verwaltung sich über die beabsichtigte Betriebsumstellung bereits im Klaren ist. Um so unverständlicher mutet daher ihre Behelmssträmerei an. Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten haben daher allen Grund, in den nächsten Wochen Auge und Ohr offen zu halten, um unnötigen Rationalisierungshärten rechtzeitig begegnen zu können.

Hilfe für die Kleingeschädigten.

Können die Spartassen nicht eingeschaltet werden?

Wir haben kürzlich zu dem Angebot der Banken an die Verbände der Kriegs- und Wundheilungsgeschädigten Stellung genommen, das die Mobilisierung der im Reichsschuldbuch eingetragenen Geschädigtenforderungen durch das Finanzkapital vorsieht. Abgesehen davon, daß dieser Vorschlag der Banken nicht im Interesse der Geschädigten liegt, da sie die Zwischengewinne für die Banken natürlich von ihren Forderungen an das Reich zu bezahlen hätten, kommt dieser Bankenvorschlag auch fast ausschließlich nur den Groß- und Mittelgeschädigten zugute.

Die Lage der verarmten und entwürdigten Kleingeschädigten erfordert aber zu allererst eine schnelle Durchführung des Ausgleichsgesetzes. Daß diese rasche Abwicklung bei dem Reichsentschädigungsamt schlecht aufgehoben ist, zeigt ein Vorfall, der uns jetzt bekannt wird. Ein Kreisvorsitzender wollte den armen Verdrängten dadurch helfen, daß die Kreispartkasse ihre Forderungen belieh. Er wandte sich daher an das Reichsentschädigungsamt mit der dringenden Bitte dafür zu sorgen, daß die für die Kleingeschädigten eingetragenen Reichsschuldbuchforderungen derartig mobilisiert werden, daß diese für Spartassen beleihungsfähig werden. Ein außerordentlich vernünftiger und sicher nicht schwer durchführbarer Vorschlag, um den „Kleinen“ zu helfen. Das Reichsentschädigungsamt aber hat es nach mehreren Wochen noch nicht für nötig erachtet, diese dringende Anfrage zu beantworten.

In einem anderen Falle ist es einem Kreise nur möglich gewesen, durch Hergabe von Wohlfahrtsmitteln die Zwangsversteigerung von Haus und Hof bei einem ordentlichen Manne zu vermeiden. Dieser Mann besitzt eine Schuldbuchforderung von 9860 Mk. an das Reich, das nur annähernd 4000 Mk. Schulden gegenüberbringt. Dieser Mann wäre sofort aus allen Schwierigkeiten herausgekommen, wenn er die Möglichkeit gehabt hätte, seine Forderungen an das Reich beilehen zu lassen. In diesem Falle war es nur der Unmöglichkeit des Amtsrichters zu verdanken, der den Versteigerungstermin zweimal auf eigene Verantwortung hinauschoß, daß von dieser Familie der Ruin abgemindert werden konnte.

Diese beiden Fälle zeigen, wie dringend erforderlich eine rasche Abwicklung besonders der Kleingeschädigtenforderungen ist. Gegenüber den Kleingeschädigten wiegt die Fürsorgepflicht des Staates, die eine sofortige Lösung verlangt, fast noch schwerer als der Rechtsanspruch gegen den Staat.

Steigende Braunkohlendividenden. Die zur Vorkriegs-Gruppe gehörenden Braunkohlenerwerbe Borna u. a. bei Leipzig haben ihre Dividende, die schon im vorigen Jahr von 5 auf 6 Proz. heraufgesetzt wurde, für 1927 auf 7 Proz. erhöht. Obwohl die Kohlenförderung von 1,3 auf 1,42 Millionen Tonnen stieg, konnten die Kosten mit 1,28 Mill. Mark noch etwas gesenkt werden. Wie der Geschäftsbericht erwähnt, wird die Mechanisierung der Abbaubetriebe zur weiteren Verringerung der Gesteinskosten fortgesetzt. — Wie alle anderen bisher veröffentlichten Abschlüsse des mitteldeutschen Braunkohlenerwerbs zeigt auch das Ergebnis bei dieser Gesellschaft, daß die Lohnerhöhung im vergangenen Herbst trotz aller gegenteiligen Behauptungen der Unternehmer die Rentabilität im Braunkohlennach nicht im geringsten beeinträchtigt hat.

Kontrolle privater Bauvorsparnisse. Der Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften wird gemeinsam mit namhaften Fachleuten einen Gesetzentwurf ausarbeiten, der dem bauwirtschaftlichen Publikum gegenüber den in den letzten Jahren zahlreich entfallenden privaten Bauvorsparnissen und Bauvorsparnissen einen gewissen Schutz gewähren soll. Es soll damit endlich eine Klärung der juristischen Stellung dieser Organisationen herbeigeführt werden und vor allem eine Regelung des Revisionswesens und der Publizitätspflicht erzielt werden. Die weitere Behandlung dieses Gesetzentwurfes liegt beim Reichsarbeitsministerium.

Flotter Kalkabfall im Mai. Der Abfall des Deutschen Kalkfabrikas betrug im letzten Monat 637 469 Doppelzentner Kalkabfall gegen 430 481 Doppelzentner im Mai vergangenen Jahres. Für den starken Bedarf und auch die Kaufkraft der Landwirtschaft spricht es, daß in den ersten fünf Monaten dieses Jahres bereits 7,03 Millionen Doppelzentner gegen 6,3 Millionen Doppelzentner Kalkabfall in der entsprechenden Zeit des Vorjahres abgesetzt wurden.

8 Proz. Dividende der Dessauer Gas-Gesellschaft. Die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft in Dessau wird nach dem Beschluß des Aufsichtsrats auf das von 60 auf 75 Millionen Mark heraufgesetzte Aktienkapital wiederum 8 Proz. Dividende, wie im Vorjahr, zahlen. Der Reingewinn hat sich um mehr als eine Million auf 6,4 Millionen Mark erhöht. Im letzten Jahr hat das Unternehmen über 400 Städte und Kommunen mit Gas und Elektrizität versorgt.

Altbewährt bei



Störungen der Verdauungs- und Harnorgane und bei Stoffwechselkrankheiten

Fachinger Versandstelle, Berlin SW. 11, Schöneberger Str. 10a. T. Lützw 8200/94

Stolpernde Wirtschaftspolitik.

Stößen über „Politik und Wirtschaft“.

Vor nicht allzu langer Zeit hat der „Deutsche Volkswirt“ seinen Lesern auseinandergesetzt, daß die Löhne in Deutschland zu hoch seien und daher die Exportfähigkeit der deutschen Industrie beeinträchtigt. Aber in seiner neuesten Nummer stellt das Blatt mit dem Handelsamt der Vereinigten Staaten von Amerika fest, daß die deutschen elektrotechnischen Erzeugnisse wegen der niedrigeren deutschen Löhne billiger verkauft werden könnten als die amerikanischen Produkte und daß daher die deutsche elektrotechnische Industrie wieder die Führung im Export von elektrotechnischen Artikeln erlangt habe. Tatsachen, die der „Volkswirt“ mittels, und Meinungen, die er vertritt, geraten miteinander in auffälligen Widerspruch.

In der gleichen Nummer wird dargelegt, daß deutsche Generaldirektoren eigentlich 400 000 bis 800 000 Mark jährlich verdienen müßten. Denn das Einkommen des amerikanischen Stahltrustpräsidenten Gary, das allein an normalen Bezügen 1,7 Mill. Mark betragen hat, sei gar nicht so hoch gewesen, obwohl er darüber hinaus wahrscheinlich noch erhebliche Agioerträge aus billig erworbenen Stahltrustaktien erzielen konnte. Der „Volkswirt“ würde es für richtig halten, daß in Deutschland die Direktorengelöhner sich in angemessener Relation dazu bewegten, entsprechend den Arbeiterlöhnen und den Gehältern der kleineren Angestellten, also etwa ein Viertel bis ein Halb des Einkommens Garys betragen. Er entzieht sich dabei aber der unausweichlichen Konsequenz, daß dann die Gehälter höherer Beamter in Reich, Ländern und Gemeinden eine entsprechende Aufwertung erfahren müßten, um überhaupt noch einigermaßen fähige Leute im öffentlichen Dienst zu halten. Denn er predigt ja das Ideal der Sparbarkeit der öffentlichen Wirtschaft; aber die private soll vor allem niedrigere Löhne und höhere Direktorengelöhler zahlen. Auch eine Sparflehre!

In der gleichen Nummer behauptet der Herausgeber des „Volkswirt“, Dr. Stolper, daß die Sozialdemokratie an dem Dogma festhalte, das jede indirekte Steuer, also auch Alkoholsteuer,

vermerke, obwohl ihm bekannt ist, daß erst unsere Genossen Dr. Baade und Dr. Bloch die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit darauf gelenkt haben, daß die deutschen Alkoholsteuern gegenüber zu niedrig sind, obwohl ihm bekannt ist, daß die Sozialdemokratische Partei der Aufhebung der Gemeindegetränksteuer Widerstand geleistet hat, und obwohl er sich leicht hätte vergewissern können, daß die Erhöhung der Branntweinsteuer vor einem Jahre, die erst die Senkung der Zuckersteuer ermöglichte, nicht zuletzt sozialdemokratischer Initiative zu verdanken war.

Die Widerlegung der eigenen Behauptung, daß die deutschen Löhne die deutsche Exportfähigkeit hemmen, die Forderung höherer Direktorengelöhler bei gleichzeitiger Proklamierung größter Sparbarkeit und möglichen Lohnendrucks, die wahrheitswidrige Behauptung, daß die Sozialdemokratie einer vernünftigen Umgestaltung der Steuerlast durch erhöhte Alkoholsteuern bei gleichzeitiger Senkung anderer Steuerlasten Widerstand leistet, all dies zusammen genommen, ergibt ein ansonstiges Bild von dem Mangel wissenschaftlicher Sorgfalt und Konsequenz, der in dem Organ Dr. Stolpers neuerdings üblich geworden ist. Dieser Schlag von Wirtschaft und Politik brauchte wirklich nicht aus dem tiefen Schacht gehoben zu werden in dem er vor der Gründung des „Deutschen Volkswirts“ ruhte.

Der ostdeutsche Waggontrust.

Verschmelzung Linke-Hofmann-Busch-Werdau genehmigt.

Die von uns bereits eingehend besprochene Verschmelzung der drei östlichen Waggonwerke Linke-Hofmann-Breslau, Busch-Bauhen und der Waggonfabrik Werdau wurde gestern von den Generalversammlungen der drei Gesellschaften genehmigt. Die Verschmelzung wird demnach durchgeführt, daß die beiden Gesellschaften in Bauhen und Werdau von Linke-Hofmann aufgenommen und durch Hergabe von Aktien der neuen Fusionsgesellschaft bezahlt werden.

Das Kapital der neuen Gesellschaft, die den Namen Linke-Hofmann-Busch-Waggon-Fabrik A.G. führen wird, ist auf 30 Millionen Mark festgesetzt, während das Gesamtkapital der drei Gesellschaften zurzeit 31,7 Millionen Mark beträgt. Der Einfluß der Großaktionäre hat es also verhindern können,